

WIRTSCHAFT ETHIK

Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V.

Liebe Freunde, Mitglieder und Interessenten, liebe Leser,

vom Gästezimmer eines Kollegen in San Francisco auf den „Pacific Heights“ hatte ich einen wunderbaren Blick auf die „Golden Gate Bridge“ sowie auf die Hügel von Sausalito. Nach rechts entdeckte das Auge in der Ferne Alcatraz, die ehemalige Gefängnisinsel. Ihr gegenüber liegt Pier 39 mit den Seelöwen als Touristenattraktion im „Fisherman’s Wharf“. Ich beneidete meinen Kollegen um sein wunderschönes Haus in einer wundervollen Lage. Da er Angebote von Japanern hatte, die ihm 25 Millionen Dollar für sein Anwesen boten, überlegte er, es zu verkaufen. Er hatte es vor längerer Zeit erheblich preiswerter erworben. Mir täte es in der Seele weh, dieses Kleinod zu verlieren. Er dagegen erwog es völlig emotionslos.

Die Jahreslosung 2013 lautet „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir“. Dieses wunderschöne Haus auf den Hügeln San Franciscos war für ihn keine bleibende Stadt. „Alles ist vergänglich, währt nur kurze Zeit, die Armen und die Reichen, sie müssen alle weichen, hin zur Ewigkeit“ heißt es in einem Lied. Wir sind unterwegs.

Zwei Menschen eilen durch Sturm und Regen. Der eine ziellos, er ist missmutig, ein Mensch ohne ein Zuhause; der andere pfeift trotz Sturm und Regen ein Lied. Er geht schnellen Schrittes, denn er hat ein Ziel. Er will nach Hause. Wir haben hier keine bleibende Stadt beinhaltet auch eine Verheißung. Das Beste kommt noch. Alles Sichtbare ist vergänglich, vorläufig. Das ersehnte Ziel, unser ewiges Zuhause bei Gott dürfen und sollen wir anvisieren.

Als Christen sind wir unterwegs zu unserem Schöpfer und Retter Jesus Christus. Mit diesem Ziel vor Augen lässt es sich auch unter widrigen Umständen leichter gehen. Zwar geben wir auch hier Schönes auf, für das wir dankbar sein dürfen – aber wir gewinnen noch Schöneres. Ich wünsche Ihnen, dass Sie in 2013 Ihrem Ziel näher kommen mit dem Wissen, dass nichts uns zustoßen kann, was nicht Gottes Willen vorher passiert hat. Und er hat nur das Beste für uns im Sinn.

Mit allen guten Segenswünschen

Ihr  Werner Lachmann

Grundfragen der Wirtschaftsethik XXXVII[1]:

Ausblick in die Welt von morgen

Im Jahre 1930 – einer wirtschaftlich schwierigen Zeit – schrieb der bekannte britische Ökonom J. M. Keynes ein Traktat mit dem Titel „Economic Possibilities of our Grandchildren“. In einem Zeitraum von 100 Jahren (also bis zum Jahre 2030) erwartete er – wegen des rasanten technischen Fortschritts – die Überwindung aller wirtschaftlichen Probleme. Seine Prognose lautete: Der gesellschaftliche Wohlstand würde um das 4 bis 8-fache ansteigen. Er vermutete als Folge eine 15-Stunden-Woche für Arbeitnehmer und sah die neue Herausforderung darin, Freizeit und Muße für die Bevölkerung in rechter Weise zu organisieren. Der technische Fortschritt würde uns das Paradies ein wenig näher bringen. Liebe zum Geld als Besitz würde deshalb als krankhaft angesehen und die Menschen könnten endlich nach den Grundsätzen der Religion und der Tugenden leben. Geiz würde demzufolge als Laster gebrandmarkt. Einiges seiner Ausführungen erinnert an die „Utopia“ von Thomas Morus. Jedoch beschränkt sich Keynes im Wesentlichen auf die ökonomischen Aspekte dieses erwarteten Wohlstandszuwachses.

Zwar stieg bis zu Beginn dieses Jahrhunderts der Wohlstand in Europa um ein Mehrfaches seiner Schätzung – aber die anderen Vorhersagen treffen wohl nicht ein. Prognosen sind bekanntlich stets riskant – insbesondere jene

INHALT

Grundfragen der Wirtschaftsethik XXXVI:

Ausblick in die Welt von morgen 1

Positionen:

Energiepolitik zwischen Ökonomie, Ökologie und Ethik..... 6

Der „Ehrbare Kaufmann“ als Leitbild
moderner Unternehmensführung?..... 13

Unterwegs in eine menschenfreundliche
und „tragfähige“ Wirtschaft?..... 16

Rezensionen:

Unter freien Menschen – Ein Wilhelm-von-Humboldt-Brevier 15

Hans, mach du das! Lebenserinnerungen 17

Drahtzieher der Macht. Die Bilderberger..... 17

Markt und Macht 18

Die Türkei in Europa. Gewinn oder Katastrophe?..... 19

Governance in der Wirtschaftspolitik 19

Impressum/Über die GWE..... 20

Fortsetzung: Ausblick in die Welt von morgen

Grundfragen der Wirtschaftsethik – von Werner Lachmann

für die Zukunft. Ich möchte daher kein technisches Szenario der Welt von morgen entwickeln – Ingenieure unter Ihnen wissen besser, was in dieser Zeit rasanter technischer Entwicklung morgen möglich sein wird.

Ich möchte auch nicht in fremden Gewässern fischen – sondern in meinem Fachgebiet bleiben, der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsethik. Die drängenden ökologischen und demographischen Probleme sowie die drohende Konfrontation mit dem Islam, das gegenwärtige Migrationsproblem sowie die weltweiten Ungleichheiten in der wirtschaftlichen Entwicklung werde ich ebenfalls nicht behandeln oder nur streifen. Außerdem beschränke ich mich auf die mögliche wirtschaftspolitische Entwicklung in Europa.

In der Welt von morgen in EU-Europa sehe ich die große Gefahr des Freiheitsverlustes. Teilweise ist dies darauf zurückzuführen, dass die Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ in Europa (auch im Erfinderland Deutschland!) nicht mehr recht verstanden wird[2]. EU-Europa könnte selbst für die Schweiz, einem Hort von Freiheit, direkter Demokratie und marktwirtschaftlichem Denken, eine Herausforderung werden – denn die Schweizer leben auf einer Insel, umbrandet vom feindlichen EU-Meer. Die Freiheit der europäischen Bürger wird von zwei Seiten bedroht, zum einen durch die ausufernde Bürokratie (auch der EU-Behörden) und zum anderen durch die zunehmende Vermachtung in der Wirtschaft – durch die Vorliebe der Politik für große Konzerne und nationale Weltchampions. Insbesondere der zunehmende Einfluss des Finanzsektors gibt Anlass zur Sorge.

Gefährdung der wirtschaftlichen Freiheit durch die Bürokratie

Freiheitsverluste drohen durch eine zunehmend ausufernde Bürokratie, die kaum demokratisch legitimiert ist. Da Bürokraten den Wettbewerbsmechanismus kaum verstehen und die Politik wegen falsch verstandenen Wettbewerbsvoraussetzungen alles harmonisieren möchte, droht eine Regulierungswut. Für alle Länder sollen gleichen Steuersätze gelten, die gleichen Sozial- und Umweltauflagen und das gleiche Abitur. Es wird alles harmonisiert – nur dann seien die Wettbewerbs-

bedingungen fair. Wenn es ginge, würden die Brüsseler Bürokraten noch die Sonnenscheindauer und die Regenfälle in Europa harmonisieren. Vergessen wird von den Bürokraten und Politikern, dass Ungleichheiten der eigentliche Grund für einen wohlstandsfördernden Tausch sind.

Ihr Ziel ist ein großes harmonisiertes Europa, fest in der Hand der Brüsseler Bürokratie. Nationale Eigenheiten verlieren an Bedeutung. Damit gerät die Schweiz, deren Bürger einen Beitritt zur EU glücklicherweise ablehnten, in einen Konflikt mit der Brüsseler EU-Bürokratie. Jene sucht Angriffspunkte gegenüber der Schweiz. Der SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück drohte schon als Finanzminister den „Einmarsch der berittenen Kavallerie“ an, wenn sich die Schweiz nicht den EU-Vorgaben beuge. Auf diesen Konflikt muss sich die Schweiz vorbereiten. Sie muss aufpassen, der EU-Bürokratie keine Angriffspunkte zu bieten, die auf unethischem Verhalten basieren.

Führungskräfte und Unternehmer wissen, dass ein Geschäftsmodell nur dann erfolgreich bleibt, wenn ethisch zuverlässig gearbeitet wird. Betrug und Übervorteilung zahlen sich langfristig nicht aus. Frisierte Bücher bei Enron und Worldcom sowie die Finanzkrise 2008 haben das Image der Finanzdienstleister beschädigt. Erinnern möchte ich nur an die Schwierigkeiten der Deutschen Bank, die sich um eine Verbesserung ihrer Reputation bemühen muss. Auch für die einzelnen Länder geht es um ein langfristig nachhaltiges Geschäftsmodell. Griechenland – aber nicht alleine – hat unter der Korruption seiner Eliten gelitten und die EU-Steuerzahler zur Kasse gebeten. Es ist schon seltsam, dass die gleichen Eliten – nur mit noch mehr finanziellen Mitteln ausgestattet – Griechenland sanieren sollen. Heißt das nicht den Bock zum Gärtner machen?

Wenn die Schweiz wegen ihrer direkten Demokratie und ihres Freiheitswillens und der hohen gesellschaftlichen Verantwortungsfähigkeit ihrer Bürger angegriffen wird, dann steht sie ethisch sauber da und bietet der EU keine Angriffsfläche. Wenn die Freiheit aber zum Schutz von kriminellen Handeln missbraucht wird, dann bietet sie der EU-Bürokratie Angriffspunkte. Sauberes ethisches Verhalten dient auch dem Schutz der Schweiz und

den eigenen nationalen Interessen. Aber auch in der Schweiz – beim Gelde schaute man schon immer nicht genau hin – hat das Vertrauen in einwandfrei moralisches Handeln in letzter Zeit stark abgenommen.

Problematisch für die künftige gesellschaftliche Entwicklung sind die „Gutmenschen“, die oft keine profunde Sachkenntnis haben. Bekanntlich ist gut gemeint das Gegenteil von gut. Umweltschutz ist wichtig, aber Deutschlands übereilter Atomausstieg kann uns noch teuer zu stehen kommen. Die besondere Situation in Fukushima mit den katastrophalen Folgen führte zu schnellem opportunistischem Handeln der Politik – ohne die möglichen Konsequenzen sorgfältig in eine Analyse einzubeziehen. Ethisches Handeln bedeutet immer abzuwägen – oft das Suchen nach dem kleineren Übel. Perfekte gesellschaftliche Lösungen sind selten und nicht leicht zu finden.

Gutmenschen sind häufig Intellektuelle, die sich mit ihren theoretischen, oft ideologisch anmutenden Ideen gerne in Bürokratien austoben. Sie schreiben uns vor, welche Glühlampen europaweit zu gebrauchen sind und wollen auch den Wasserverbrauch optimieren. Manche ihrer Eingriffe mögen berechtigt sein. Doch sie geraten in den Ruf des wohlwollenden Bürokraten, der besser als die Bevölkerung weiß, was gut für sie ist. Ist jemand willens, den hohen Preis für die Nutzung eines bestimmten Gutes zu zahlen, dann gebührt ihm die Freiheit, es auch tun zu können. Dieses Verhalten ist das Ergebnis des Wettbewerbs, der auch Freiheit garantiert. Eine übermäßige Nachfrage – liegen beispielsweise externe Effekte vor – lässt sich über den Preis (Steuern) beeinflussen. Folgen wir den Ideen der intellektuellen Bürokraten, dann gibt es bald Bezugsscheine für Wasser und Energie. Dann haben alle Zugang zu diesem Gut – und natürlich muss dann die Produktion zusätzlich reglementiert werden.

Eine föderale Struktur schützt die Freiheit des Bürgers; aber der Bürger muss informiert sein, um politisch verantwortlich handeln zu können. In Deutschland haben die Ökonomen jedoch ordnungspolitisch versagt; sie rechnen nur noch. Es ist notwendig, sich wieder verstärkt mit ordnungspolitischen Fragen zu beschäftigen. Wir gehen in Europa zu häufig den bürokratischen Weg und der bietet An-

II Fortsetzung: Ausblick in die Welt von morgen

Grundfragen der Wirtschaftsethik – von Werner Lachmann

griffsflächen für Lobbyisten. Diese handeln für ihr Verbandwohl – aber nicht immer im Sinne des Gemeinwohls!

Verstärkte wirtschaftliche Konzentrationen

Freiheit wird auch durch weiter zunehmende ökonomische Macht (insbesondere im Finanzsektor!) gefährdet. Fehlender Leistungswettbewerb bringt Lobbyisten auf den Plan, die zur Korruption in der Politik Anlass geben. Die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung hat abgenommen. Ergebnisse staatlicher Eingriffe werden der Marktwirtschaft (oft als Liberalismus postuliert) zugerechnet. Dadurch gerät die Marktwirtschaft mit ihrem Wettbewerb in Misskredit. Aber der wettbewerbliche Ansatz wurde gar nicht verfolgt. Ordoliberaler Maßnahmen, die Deutschland zu einem Wirtschaftswunder verhalfen, sind deshalb in der Bevölkerung verpönt. Hier ist die Schweiz noch eine Ausnahme. Aber mein Eindruck ist, dass in vielen Bereichen die Schweiz – zwar etwas langsamer – die gleichen Fehler macht wie Deutschland.

Obwohl der Mittelstand in Deutschland weniger konjunkturanfällig ist als die Großbetriebe und auch eine größere Anzahl sicherer Arbeitsplätze schafft, wird er politisch nur in Sonntagsreden bedacht. Der Mittelstand lässt sich nicht so leicht kontrollieren. Es ist für Politik und Bürokratie leichter, mit wenigen Spitzenmanagern zu verhandeln. Eine stärkere Konzentration in der Wirtschaft wurde schon in der Zeit der sozialliberalen Regierung unter Kanzler Helmut Schmidt angestrebt. Damals klagten schon einzelne Abgeordnete, dass sich der Bundestag nur mit den wenigen großen Firmen beschäftige.

Auch die Politik von Beteiligungsfonds steht am Pranger. Immer wieder hört man folgende oder ähnliche Klagen. Ein mittelständischer Betrieb wird von seinem Eigentümer gut geleitet. Die Bilanzen stimmen, Wachstum wird beobachtet. Jedoch benötigen sie Kredite oder Kapital. Auch fehlt es den Gründern oft an Nachfolgern. So werden wirtschaftlich gesunde Firmen leicht Beute von Anlage suchenden Fonds. Diese sind jedoch nur an hohen Renditen interessiert, nicht unbedingt am Fortbestand des Unternehmens. Wie erreichen sie nun hohe Renditen? Man beginnt

mit einer Überprüfung der Kostenseite. Einige Beschäftigte scheinen überflüssig zu sein; sie sind zu teuer. Mit einem Sozialplan werden sie entlassen. Junge – oft unerfahrene Akademiker – übernehmen diese Aufgaben. Ihnen fehlt jedoch die Erfahrung der teuren Alten. Es geht abwärts mit den Betrieben. Evtl. werden Filetteile der Firma verkauft. Arbeitsplätze entfallen.

Politiker fallen ebenso immer wieder auf das Märchen von den großen nationalen Champions herein. Diese sind oft im Interesse der Vorstandsvorsitzenden.

Große internationale Fusionen waren für deutsche Firmen oft nicht erfolgreich – aber teuer (BMW, Daimler)[3]. Wer hat davon profitiert? Beratungsagenturen? Es fehlen anerkannte Regulierungen und klare Haftungstatbestände. In dem regulierungsfreien Raum machen bestimmte Finanzunternehmen hohe Gewinne – bis die Blase platzt.

In die Kritik geraten sind auch die durch die SPD (Schröder) erst in Deutschland erlaubten Hedgefonds (von Müntefering als Heuschrecken bezeichnet). Auch sie können international Macht ausüben – und ganze Wirtschaftszweige gefährden, da sie kaum international reguliert sind. Wegen ihrer Systemrelevanz oder ihres großen finanziellen Einflusses muss der Steuerzahler zu ihrer Rettung einspringen.

Enttäuschend ist das Versagen der Ökonomen und der Ökonomik. In ihren Gleichgewichtsmodellen wird von unrealistischen Annahmen ausgegangen. Es sind eigentlich „Schummelanalysen“! Die gesellschaftliche Wirklichkeit zeichnet sich nämlich durch Machtstrukturen aus. Macht kommt aber in den neoklassischen Modellen nicht vor. Dort unterstellen die Ökonomen eine atomistische Konkurrenz (viele kleine, machtlose Anbieter und Nachfrager). Ebenfalls unterstellt die Zunft der Ökonomen ehrliche Marktteilnehmer. Betrug wird ausgeklammert. Adam Smith, der Begründer der klassischen Analyse, wusste noch von den Phänomenen Macht und Betrug und hat sie in seiner Analyse berücksichtigt. Die Neoklassik geht vom allwissenden Individuum aus, das nicht betrogen werden kann. Aber die tägliche Lebenserfahrung zeigt, dass sich der Mensch (ob Käufer oder Anbieter) oft irrt. Dies wird in der Lehrbuchökonomik nicht berücksichtigt.

Ein weiterer Mangel liegt in der fehlenden Analyse der Verteilungsproblematik. Bei den klassischen Ökonomen stand die Verteilungsproblematik noch im Mittelpunkt. Es geht in der Neoklassik jedoch nur um Effizienz – die wichtig, aber nicht alles ist!

Die Wirtschaftsgeschichte belegt immer wieder die Macht der Banken. Schon im Mittelalter – so lernte ich in der Schule – haben die Fugger und Welser den Königen und Kaisern Geld geliehen, um ihre Eroberungskriege zu finanzieren. Als Gegenleistung bekamen sie Privilegien. Diese Funktion haben die Banken nicht aufgegeben. Goldman Sachs – an der Wirtschaftskrise 2008 nicht ganz unschuldig – hat ehemalige Mitarbeiter in der Regierung (US-Finanzminister) und bei den Zentralbanken (auch Draghi von der EZB war einst bei Goldman Sachs). Teilweise wurde ihnen die Überwindung der Krise anvertraut, die sie selbst hervorriefen. Das Zusammenspiel zwischen Geldkapital und Politikern kann die Freiheit der Bürger gefährden. Die einen können dem Staat die benötigten gigantischen Geldsummen zur Verfügung stellen, die Politik lässt im Krisenfall die Banken sich am Steuerzahler schadlos halten. Es ist schon interessant, dass der Staat mit dem Argument der Systemrelevanz (*too big to fail*) rasch Hunderte Milliarden von Euro und Dollar für Rettungsaktionen zur Verfügung stellte.

Die Finanzbranche in den USA suchte Anlagemöglichkeiten des ihr anvertrauten Geldes. Die Hohe Staatsverschuldung schafft ständig neues Kreditgeld. Die Geldvermögensbesitzer suchen hohe Renditen – wie auch ihre Manager und die Ratingagenturen. Im Zusammenspiel mit der Politik (Unterstützung von Politikern durch hohe Wahlspenden) wurde eine Deregulierung des Banken- und Finanzsektors durchgesetzt. Hedgefonds wurden erlaubt und nicht reguliert – nach seiner Amtszeit konnte der Politiker damit rechnen, in dieser Branche einen hoch dotierten Job zu bekommen, der ihn in kürzester Zeit mehr verdienen ließe als in seinem ganzen politischen Leben. Auch in Deutschland wechseln Politiker in Aufsichtsräte von Firmen, denen sie vorher durch ihre Gesetzgebung geholfen haben. So wurde sehenden Auges die Finanzkrise in Kauf genommen. Kurzfristig gab es hohe Boni und Gewinne, die nicht zurückgezahlt werden mussten. Nach der Krise war der Auf-

Fortsetzung: Ausblick in die Welt von morgen

Grundfragen der Wirtschaftsethik – von Werner Lachmann

schrei groß – es passierte nichts. Die Ratingagenturen, die die Finanzkrise 2008 mitverursachten, und die Investmentgewinnler sind nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Mit allen Mitteln versucht der Finanzsektor einer stärkeren Überwachung zu entgehen. Auch die Trennung von Investmentbanken und den normalen Bankgeschäften erfolgt nicht. Man bastelt an der nächsten Blase, die mit Sicherheit kommt. „Geld regiert die Welt“ – sagt der Volksmund. Dies wird wohl in Zukunft noch stärker der Fall sein – da die Nachfrage nach Anlagemöglichkeiten und Krediten steigen wird. Zudem wird ein großer Teil des BIP im Dienstleistungssektor verdient. Dieser hohe Geldüberhang wird uns in Zukunft weitere Finanzkrisen bescheren.

Überbetonung von Gleichheit und Solidarität

Eine zusätzliche Gefahr für die Freiheit droht den europäischen Bürgern durch die Überbetonung der Solidarität – ein Totschlagargument in Europa – gegenüber der Subsidiarität. Diese wird zur Umverteilung benutzt und wahlwirksam ausgeschlachtet. Es gibt mehr stimmberichtigte Arme als Reiche.

Oft beobachten wir in der politischen Diskussion eine verkürzte Sichtweise. Die Politik greift ein, um Arbeitsplätze zu sichern oder den Schwachen zu helfen. Sie brüstet sich mit dem erreichten Ergebnis ihrer Intervention (Subventionierung) – die Kosten werden dem Bürger verschwiegen, oft späteren Generationen (über eine hohe Verschuldung!) aufgebürdet. Der französische Ökonom Claude Frédéric Bastiat, wohl der bedeutendste Vertreter freiheitlicher Ideen seiner Zeit, schrieb vor 150 Jahren ein Traktat „Ce qu'on voit et ce qu'on ne voit pas“ (Was man sieht und was man nicht sieht)[4]. Darin betont er das Übel, dass der Staat aufgerufen wird, einen schwächelnden Wirtschaftsbereich zu schützen und das wird mit den dadurch gesicherten Arbeitsplätzen begründet. Das sei das, was man sieht. Aber die unsichtbaren Konsequenzen, die ein Ökonom sehen müsste, werden nicht beachtet. Wie viele Arbeitsplätze gehen durch die Subventionen verloren – denn diese Mittel hätte man alternativ einsetzen können. Die von den Bürgern erhobenen Steuern, die der Staat konjunkturwirksam einzusetzen verspricht, hätten die Steuerzahler effizienter eingesetzt.

Friedrich Nietzsche prägte einmal folgenden Aphorismus: „Die europäische Demokratie ist zum kleinen Teil eine Entfesselung von Kräften. Vor allem ist sie eine Entfesselung von Faulheiten, von Müdigkeiten, von Schwächen.“ Die Auswirkungen auf die Leistungsbereitschaft der Bürger (Empfänger und Zahler), die Schwächung des Mittelstandes und der Missbrauch der Solidarität (die im Fordern und Nehmen und nicht mehr im Geben besteht) und der Verlust der Nächstenliebe sind die gesellschaftlichen Folgen. Im politischen Prozess gibt es kein „Danke“, sondern nur ein „Mehr nicht?“ zu hören.

Investitionsschwächen der Wirtschaft, Leistungsunlust der Bürger und der beobachtete Werteverlust fallen nicht vom Himmel, sie sind Folgen des unverteilenden Gefälligkeitsstaates. Bürger versuchen nun, Steuern zu vermeiden und Subventionstatbestände zu erfüllen. Sie investieren verständlicherweise im Ausland und weichen in die Schattenwirtschaft aus. Die Freiheitsgefährdung des intervenierenden Staates hat der Schweizer Guy Kirsch schon 1988 moniert: „Die Politisierung der Ökonomie führt zu einer Ökonomisierung der Politik. Der liberal-demokratische Staat, der angetreten war, kraft der Stärke des Gesetzes das Gesetz der Stärke außer Kraft zu setzen, wird zunehmend gezwungen, die Stärke des Gesetzes in den Dienst des Gesetzes der Stärke zu stellen“. Dies hat dann eine stärkere Bürokratisierung und einen Verlust an Freiheit zur Folge.

Hohe Sozialausgaben führen zum Problem der Staatsverschuldung. Schon Schumpeter sagte vor 100 Jahren: „Eher legt sich ein Mops einen Vorrat an Würstchen an, bevor ein Politiker spart“. Die Staatsverschuldung in Deutschland beträgt über 2 Billionen €. Dies entspricht – seit Christi Geburt – einer täglichen Kreditaufnahme von 2,8 Millionen €, einer stündlichen Kreditaufnahme von 115.000 €. Und dieses 2000 Jahre lang; wir haben diesen Aufbau der Verschuldung in Deutschland in 50 Jahren geschafft. Angefangen hat diese Politik übrigens der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt. Kurzfristige politische Erfolge waren ihm wichtiger als die langfristigen Folgen der Staatsverschuldung. Heute sind die Regierungen Sklaven der Staatsverschuldung und damit des Finanzkapitals – wie ehemals bei den Fuggern und Welsern.

Die hohe Staatsverschuldung gefährdet den Wert des EURO. Da man dem Schweizer Franken vertraut, steigt dagegen dessen Wert. Diese Aufwertung der Währung senkt – so die Exportindustrie – ihre Wettbewerbsfähigkeit. Aber man muss das sehen, was man nicht sofort sieht: Der starke Franken führt zu günstigen Importen, die Inflationsrate wird niedriger sein als bei schwachem Franken. Von der Kostenseite haben Schweizer Firmen ökonomische Wettbewerbsvorteile. Und noch etwas: Sie werden dadurch gezwungen, größere wirtschaftliche Anstrengungen zu unternehmen – wenn der Staat nicht „hilft“ – um wettbewerbsfähig zu bleiben. Andere, die sich auf Abwertungen oder auf staatliche Unterstützungen verlassen, werden träge. Auch Deutschland hatte durch die Aufwertungen in den letzten Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts nicht an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Obgleich die Exportindustrie diese Gefahr stets betonte, hatte Deutschland trotz starker Aufwertung der DM vor der Einheit noch hohe Exportüberschüsse.

Es ist wie beim Sport. Wenn ich immer gegen schwächere Gegner kämpfe, werde ich meine Leistung nicht steigern können. Nichts hilft einem Sportler mehr als starke Wettbewerber. Dadurch kann er seine Leistung mit anderen vergleichen und steigern. Eine Konsequenz des starken Schweizer Franken ist die langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Diese Aufwertung erfordert natürlich Anpassungen. Einige Industriezweige werden sogar in Korea, Taiwan oder Indien fertigen lassen. Das ist, was man sieht. Was man nicht sieht, ist, dass diese Firmen insgesamt ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, Inder oder Koreaner durch Exporte Einkommen erzielen, die sie wiederum für den Kauf von Schweizer Produkten verwenden können und somit werden in anderen Bereichen gut bezahlte Arbeitsplätze gesichert. Es bedarf jedoch des ständigen Wandels. Wettbewerb ist anstrengend und wird von der Wirtschaft nicht geliebt, bedeutet Kröten schlucken.

Wie schützt sich ein Land vor den Politikern, die es in den Ruin führen können? An einer kleinen Kindergeschichte lässt sich das gesellschaftliche Problem verdeutlichen. Die Mäuse haben ein Existenzproblem mit Katzen. In einem wissenschaftlichen Kongress wird nach Abhilfe gesucht. Ein kluger Mäu-

□ Fortsetzung: Ausblick in die Welt von morgen

Grundfragen der Wirtschaftsethik – von Werner Lachmann

serich mit PhD aus Chicago hat die rettende Idee. Alle Katzen müssten ein Glöckchen um den Nacken tragen. Dann würde man die Katze rechtzeitig hören und die Mäuse könnten sich rasch in ihr Mausloch zurückziehen. Diese Idee wurde bejubelt. Ernüchternd fragt ein alter Mäuserich: „Wer bindet den Katzen die Glöckchen um?“ – Da war ihnen klar, dass sie ihr Existenzproblem so nicht lösen könnten. Das Problem für die europäischen Demokratien lautet: Wer führt verfassungsmäßige Änderungen ein, um das Volk vor falscher Politik zu schützen? Die Legitimation zur Verfassungsänderung haben nämlich gerade jene, die von der Nichtänderung der Verfassungsregeln profitieren.

Gefährdung der Moral

Neben der Gefährdung der Freiheit befürchte ich einen weiteren Verlust an Moral, an Tugenden. Die Moral ist heute ein wichtiger Produktionsfaktor. Gerade für Führungskräfte gilt: „The value of the leader is directly proportional to the values of the leader!“ Die vielen weltweiten Skandale um Führungskräfte lassen Schlimmeres befürchten. Bekanntlich fault der Fisch vom Kopfe her!

Man gewinnt den Eindruck, dass die Bevölkerung manipuliert wird. Mit dem Argument der Gleichheit werden alte Werte vernichtet, der Unterschied zwischen Mann und Frau aufgehoben, die Familien zerstört. Zu einer Ehe gehören nicht mehr Mann und Frau. Kinder sollen nicht mehr in den Familien erzogen werden. Schon Kleinkinder sollen in die Kita. Hat die Politik vergessen, wie wichtig die persönlichen Bindungen im Kleinkindalter zur Charakterbildung sind? Eltern und Schule – wegen der Gefahr des Missbrauchs – können sich gegen ungebührliches Verhalten der Kinder kaum noch wehren. Das Ergebnis der verfehlten Familienpolitik beobachten wir mehr und mehr. Gutachter kritisieren die Familienpolitik. Man muss heute fragen, wer die Gutachten bezahlt und was die Kriterien zur Bewertung sind. Selbst beim Sachverständigenrat kommt der Verdacht auf, dass Ideologien in die Bewertung einfließen. Es wird von Ökonomen gerechnet – aber immer weniger der Mensch und sein Handeln verstanden – wie noch bei den ökonomischen Klassikern.

Wie viele Kinder leiden unter ADS. Warum wohl? In den Städten ist man nicht mehr sicher. Gewaltausbrüche Jugendlicher sind an der Tagesordnung. Die Bevölkerung sieht weg – geschützt wird oft der Täter. Hat eine ähnliche gesellschaftliche Entwicklung in Rom nicht schließlich zum Untergang des römischen Reiches geführt? Auch damals begann es in Rom mit einem Moralverlust, zunehmender Bürokratie, Ausweichreaktionen der Betroffenen, neuen bürokratischen Eingriffen. Die fehlende Freiheit ließ die Widerstandskraft der Römer sinken. Selbst zur Landesverteidigung waren sie schließlich auf Germanen angewiesen.

Die Bedeutung von Bildung und Kindern (erinnert sei an das tickende demographische Problem) wird in Sonntagsreden betont – die Taten sprechen eine andere Sprache. Beim Kindergeld zielt sich der Staat. Er verdient an jedem Kind, da die Steuereinnahmen durch die Aufzucht der Kinder höher sind als das gezahlte Kindergeld. Ein Kind kostet ca. € 700 monatlich. Um diesen Betrag aufwenden zu können, muss ein Bürger € 1000 verdienen. Davon kassiert der Fiskus ca. € 300. Werden die € 700 ausgegeben, fallen nochmals mindestens € 100 Mehrwertsteuer an. Das bedeutet, dass pro Kind der Staat ca. € 400 an Steuern einnimmt; die Eltern bekommen knapp € 200 als Kindergeld erstattet, wobei alle Kosten für die Kindererziehung abgegolten sind, d.h. auch die Studiengebühren (in Bayern). Um den Verzicht der Mütter auf ein Einkommen während der Zeit der Kindererziehung in der Rente zu kompensieren, wäre ein Zuschlag für die Renten sinnvoll. Dazu hat der Staat kein Geld. Mütter werden gesellschaftlich diskriminiert und Hilfen als „Herdprämien“ von den bunten Parteien abgetan. Kinder, Bildung und Forschung haben keine erfolgreiche Lobby. Die Auswirkungen sind erst spät zu spüren und es wird wieder sehr lange dauern, sie rückgängig zu machen. Die Familienpolitik kann sich doch nicht darauf konzentrieren, wie schnell man die Mütter wieder in den Arbeitsprozess integrieren kann. Ohne eine funktionierende Familie (hier erlernen die Kinder soziale Kompetenz und ihnen werden Werte vermittelt!) – so noch die Ordoliberalen – wird auch der Staat keine Überlebenschance haben. Schon Aristoteles wies auf diesen Zusammenhang hin!

Jede Nation ist nur so stark wie der Charakter ihrer Bürger. Der Wohlstand einer Nation hängt nicht nur vom Bruttosozialprodukt, ihrer Bildung und Kinderzahl, von der Waffentechnik oder den marktwirtschaftlichen Wettbewerbsregeln ab. Die Wohlfahrt eines Landes ist auf den Charakter der Menschen gegründet. Dieser Charakter wird durch Werte geprägt, die oft aus dem christlichen Glauben stammen. Die Überlebensfähigkeit unserer europäischen Gesellschaft, unseres Staates und unserer Wirtschaft hängt in hohem Maße vom Grad der vorhandenen Moral in der Bevölkerung ab.

Der Verfasser des bekannten Buches „Der kleine Prinz“, Antoine de Saint-Exupéry, hat einmal geschrieben: „Wenn Menschen gottlos werden, dann sind die Regierungen ratlos, Lügen grenzenlos, Schulden zahllos, Besprechungen ergebnislos, dann ist die Aufklärung hirnlos, sind Politiker charakterlos, Christen gebetslos, Kirchen kraftlos, Völker friedlos, Sitten zügellos, Mode schamlos, Verbrechen maßlos, Konferenzen endlos, Aussichten trostlos.“

Lassen Sie mich noch einen biblischen Aspekt anfügen. Wenn ich die Bibel richtig verstehe, wird zum Ende der Welt hin die politische und ökonomische Vermachtung fortschreiten. Gerade die großen Finanzkonzerne werden die Menschen bedrängen. Jedoch ist es eine Verheißung der Endzeit, dass es dann keine Großhändler (*emperos*) mehr geben wird. Liest man die Aussagen in Sacharja, Hesekiel oder der Offenbarung, dann lassen sie sich so verstehen, dass die großen Finanzkonzerne und Banken mit den „emperos“ gemeint sein könnten. Sie haben viele reich gemacht und viele ausgebeutet. Der letzte Vers des zweitletzten Buches des AT (Sach. 14,21 lautet): „Und es wird keine Händler mehr geben im Hause des Herrn Zebaoth zu der Zeit“. Im Tyrosorakel in Jesaja 23 und Hesekiel 27 wird geschildert, dass die Großkaufleute zur Freude der Menschen vernichtet werden.

Diese Gedanken werden im letzten Buch der Bibel wieder aufgegriffen. Dort heißt es (Offb. 18,3): „Die Kaufleute auf Erden sind reich geworden von ihrer großen Üppigkeit.“ Und dann wird anschließend geschildert, wie sie in einer Stunde vernichtet werden. Großkaufleute (Finanzkonzerne und Ratingagenturen?) haben keine eschatologische Zukunft. Und noch eine Bemerkung: Bei allen

Problemen, die kommen werden, bleibt unser Herr im Regiment. Alles muss von ihm, dem Herrn der Geschichte, genehmigt werden. Auch ein Land kann nicht tiefer fallen als in Gottes Hand.

Als Führungskräfte und Christen müssen wir langfristig planen. Wirtschaftswissenschaftliches Denken lehrt uns jedoch, zielorientiert zu handeln. Wir dürfen es nicht so machen wie Charly Brown, der mit seiner Armbrust schoss. An der Stelle, wo der Pfeil das Scheunentor traf, malte er konzentrische Ringe, so dass der Pfeil stets im Zentrum war, die volle Punktzahl erreicht wurde. Wir haben uns zu fragen, was das Ziel unseres Lebens ist. Wer kein Ziel hat, trifft immer! Menschen, die zielorientiert handeln, haben einen anderen Charakter. Menschen mit einem Ziel sind diejenigen, die die

Welt bewegen! Christen haben ein Ziel, das über ihren Tod hinaus Gültigkeit hat. Dies wird Auswirkungen auf ihre Entscheidungen in diesem Äon haben.

Anmerkungen

[1] Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten im März 2012 in Bern beim „Forum christlicher Führungskräfte“ zum Thema „Mit Werten die Zukunft gestalten“.

[2] Seit den Römischen Verträgen (Gründung der EWG) ist das Prinzip des Wettbewerbs im Europarecht verankert. Die EU-Kommission hat auch einige Erfolge erzielen können bei der Öffnung nationaler Märkte (Liberalisierung der Telekommunikation und des Ver-

kehrssektors). Zwar wurde dereguliert aber gegen private Marktmacht wurde kaum etwas unternommen.

[3] Zu erwähnen wäre auch das „Zumwinkel-Desaster“ mit der Deutschen Post und der Übernahme von DHL, die zu Anfangsverlusten von 500 Millionen Euro führte. Nach Financial Times Deutschland soll der Verlust sich auf 7 Mrd. Euro akkumuliert haben.

[4] Dieser äußerst tief sinnige Beitrag findet sich wiederabgedruckt im Bastiat-Brevier: Marianne und Claus Diem (Hrsg.): Der Staat – die große Fiktion. Ein Claude-Frédéric-Bastiat-Brevier. Thun 2001 (Ott), S. 107–152. Seine Bemerkungen zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind auch heute noch aktuell und lehrenswert.

□ Energiepolitik zwischen Ökonomie, Ökologie und Ethik

Vortrag auf der Tagung „Wirtschaft und Ethik“, 10. November 2012 – von Hans Christoph von Rohr

Wenn wir es bei der Energiepolitik mit einem nüchternen Sachthema zu tun hätten, mit eher langweiligen Expertendebatten, dann – hätten Sie mich vermutlich nicht eingeladen, heute zu Ihnen zu sprechen. Aber so ist es ja nicht. Die Energiedebatte unserer Tage ist emotional aufgeladen, sie wird beherrscht von zwei Themen, die eine nüchterne Sachdiskussion erschweren, ja nahezu ausschließen. Diese beiden, vielfach ineinander verwobenen Faktoren heißen *Angst* und *Ethik*.

Die Energieversorgung eines hochindustrialisierten Landes ist eine extrem komplexe Angelegenheit, in ihren ökonomischen und ökologischen Wechselwirkungen für den Wahlbürger bei bestem Willen kaum mehr überschaubar, das hat sie wahrscheinlich mit der EURO-Krise gemeinsam. Da ist es verlockend, die Debatte auf Ebenen zu führen, für die es keine Kompetenzbarrieren gibt, wo jeder sich irgendwie auskennt, wo man ohne viel Nachforschen eine resolute Meinung haben kann. Ängste haben, ja, das kennen wir von Kindesbeinen an, und Gut und Böse sortieren, das ist dem Menschen seit Adams Apfelbiss vertraut und uns Deutschen in öffentlichen Dingen zunehmend ein Bedürfnis geworden.

Fukushima hat da wie ein Tsunami gewirkt, es hat – wie Botho Strauß das kürzlich formulierte – plötzlich eine freie Bahn geöffnet,

auf der das Gewissen jegliches Wissen überrennen konnte.

Symbol für diesen Prozess ist die von der Bundeskanzlerin nach Fukushima einberufene sog. Ethik-Kommission, die nach relativ kurzer Beratung zu dem einstimmigen Schluss kam: Der Atomausstieg bis 2022, verbunden mit einem radikalen Ausbau der Erneuerbaren Energien, sei ethisch geboten und damit für die Deutschen alternativlos.

Das war vor eineinhalb Jahren. Inzwischen beginnt dieses wie in Stein gehauene Monument moralischer Eindeutigkeit zu bröckeln; zunächst von der Peripherie her. Sozialpolitiker empören sich über die Kosten des Umstiegs, Gewerkschafter und Industrielle bangen um Arbeitsplätze, um die Versorgungssicherheit, Umweltschützer fürchten zusätzlichen CO₂-Ausstoß. Und diese kritische Debatte macht an Parteigrenzen keinen Halt. Frau Kraft in Düsseldorf warnt vor einer schleichenden Deindustrialisierung, Grüne wollen Nahrungsmittel nun doch lieber nicht vergasen, und Kirchenleute sehen Arm und Reich wegen der Energiekosten weiter auseinanderdriften.

Wie lange wird es gelingen, den eingeschlagenen Wendekurs durchzuhalten, wie lange werden die Bürger, allmählich konfrontiert mit den sie persönlich treffenden Konsequenzen

der neuen Politik, noch mitmachen? Besteht womöglich das Risiko, dass die zunehmenden Zweifel an diesem und jenem Element der Energiewende sich in den Kern, in den ethischen Kern dieses Jahrhundertprojektes durchfressen und so das Ganze gefährden?

Die Politik ist ja mit einem riesigen Anspruch angetreten: Nicht um die pragmatische Suche nach dem Zweckmäßigsten ging es ihr sondern um Gut oder Böse.

Eine solche parteiübergreifende Einmütigkeit in einer alle berührenden Grundsatzfrage hatte es in der Bundesrepublik bis dahin noch nicht gegeben, jedenfalls nicht in der Energiepolitik. Oder vielleicht doch schon einmal?

Ich habe in jungen Jahren viel mit Steinkohle zu tun gehabt. Die wurde in Deutschland aus immer größerer Tiefe zu Kosten gefördert, die drei- bis viermal höher lagen als in anderen Regionen der Erde, etwa Australien und Südafrika. Ein heiliges Bündnis von Gewerkschaften, Kirchen, Medien und Politik hatte dafür gesorgt, dass sich Deutschland zum Schutz der Bergleute bis weit in die 80er Jahre hinein vom Weltmarkt abkoppelte.

Interessanterweise war es schon damals ein uns aus der späteren Atomdebatte vertrautes Gemisch aus *Ethik* und *Angst*:

Fortsetzung: Energiepolitik zwischen Ökonomie, Ökologie und Ethik

Vortrag auf der Tagung „Wirtschaft und Ethik“, 10. November 2012 – von Hans Christoph von Rohr

Es galt einfach als *unmoralisch*, die Arbeitsplätze deutscher Bergleute, denen wir in der Nachkriegszeit so viel verdankten, in Frage zu stellen; auch wenn die meisten mittlerweile türkisch sprachen. Und *Ängste* wurden mobilisiert, Ängste vor einem Energiemangel – obwohl es völlig unproblematisch gewesen wäre, Importkohle in fast beliebiger Menge auf Halde zu legen, zu einem Bruchteil der Kosten. Nein, der Gedanke war verboten.

So perpetuierte sich ein von Angst und Ethik gestütztes System, in dessen Schatten alle möglichen Gruppen sich behaglich eingerichtet hatten. Erst mit dem Fall der Mauer begann dieses System zu erodieren: Es war den Bürgern einfach nicht mehr zu vermitteln, dass man jeden Arbeitsplatz unter Tage mit jährlich DM 120.000 subventionierte, während in den neuen Bundesländern Hunderttausende mit einem Handgeld von kaum DM 5.000 in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden. Das System brach an seinem ökonomischen und letztlich auch ethischen Widersinn zusammen – zwei Jahrzehnte und über 100 Subventionsmilliarden zu spät.

Ich will die Parallele zur heutigen Situation nicht überzeichnen. Sowohl das ethische Gewicht der Entscheidungen zur Energiewende wie der Grad der Ängste, die dahinter stehen, haben eine andere Dimension. Es stellen sich heute, anders als bei der Kohle, grundsätzliche Fragen nach der Verantwortbarkeit menschlichen Handelns, und dies nicht nur für Deutschland sondern für die Welt.

Die Ethik-Kommission hat diese Fragen aufgenommen und versucht, die widersprüchlichen Positionen zur Kernenergie irgendwie unter einen Beschlusshut zu bringen. Als schlichter Jurist und Industriemanager hatte ich zunächst gezögert, mich heute überhaupt auf das glatte Parkett „Ethik“ vorzuwagen. Als ich dann aber den Kommissionsbericht gelesen und mir ihre Zusammensetzung angeschaut hatte, die ehemaligen Minister, die Theologen, Soziologen, Philosophen, Politologen, da dachte ich mir: So hoch kann die Latte nicht gelegen haben.

Im Grunde stehen sich bei dem Thema zwei Sichtweisen gegenüber: Die eine, die ich die radikale oder kategorische nennen will, sieht das Katastrophenpotential der Kernkraft als so groß an, dass ihre Abschaffung unter allen Umständen geboten ist. Bei solcherart Risiken

sei es nicht gestattet, wie sonst bei technischen Risiken nach der Wahrscheinlichkeit des Schadens Eintritts zu fragen, also das befürchtete Ausmaß von Störfällen nach der Wahrscheinlichkeit ihres Eintreffens zu gewichten.

Wie minimal die Gefahr eines ernsthaften Reaktorunfalls in Deutschland auch sein möge – es sei ethisch nicht verantwortbar, ein solches Risiko gegen ökonomische oder ökologische Schäden, die ein Ausstieg aus der Kernkraft mit sich bringe, überhaupt abzuwägen. Atomunfälle lägen außerhalb des Abwägbaren, weil dann, wenn das für unwahrscheinlich Gehaltene tatsächlich eintrete, etwas geschehe, was anderen Menschen zuzumuten niemand legitimiert sei.

Anders sehen es die Pragmatiker. Auch sie leugnen nicht das Bedrohungspotential der Atomenergie, wären froh, wenn man bald auf sie verzichten könnte – beenden aber damit die Debatte nicht. In der Technik, insbesondere bei großtechnischen Anlagen, könne es kein Nullrisiko geben. Ob Kernkraft, Kohle, Biomasse, Wasserkraft, Wind oder Sonne – irgendwelche Risiken und negativen Folgewirkungen gebe es überall. Die Lösung liege nicht darin, bestimmte Energietechniken wegen ihres Schadenspotentials a priori zu verbieten, sondern zunächst einmal dieses Schadenspotential unter Einsatz aller technischen Möglichkeiten auf ein Minimum zu reduzieren. Das dann noch verbleibende Risiko gelte es in die wissenschaftliche Bewertung der verfügbaren energiepolitischen Optionen einzubringen. Im Ergebnis müsse man also die Risiken mit hohem Schadenspotential aber sehr geringer Eintrittswahrscheinlichkeit abwägen gegen solche Risiken, die im Einzelfall geringere Schäden, die aber mit hoher Wahrscheinlichkeit und großer Zahl auslösen.

Die Vertreter dieser Ansicht waren natürlich in der Minderheit, aber der Auftrag lautete ja, unter allen Umständen ein einstimmiges Votum hinzubekommen. Und so wurde den Pragmatikern offenbar eine Brücke gebaut: Sie müssten ja nicht prinzipiell gegen die Atomenergie sein, aber ob denn für sie eine Alternative zur Kernkraft völlig undenkbar sei, ob sie sich eine solche nicht wenigstens vorstellen könnten?

Nein, so weit wollte in dem Gremium wohl niemand gehen, und so begegneten beide Seiten einander in einer Art logischem Konjunk-

tiv: Der Ersatz von Kernenergie durch risikoärmere Methoden „lasse sich in Deutschland nachvollziehbar begründen“, weil die wirtschaftlichen und ökologischen Risiken „nach heutiger Sicht überschaubar und begrenztbar zu sein scheinen“.

Auf diesem dünnen Fundament kam es zum Beschluss der Kommission zur Energiewende. Die Damen und Herren müssen sich der Halbwertigkeit kategorischer Statements bewusst gewesen sein, als sie abschließend an die Politik appellierten, durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit die Wendebegeisterung der Bürger bitte „auch dann noch aufrecht zu erhalten, wenn die Erinnerungen an den Unfall in Fukushima verblasen.“

Und, könnte man hinzufügen, wenn die ökonomischen und ökologischen Folgen des hastig Beschlossenen für den Bürger anfassbar werden.

Welches sind diese Folgen?

Zunächst sind es natürlich die fortdauernden nuklearen Risiken. Die werden uns in Deutschland nicht nur bis zur Abschaltung des letzten Atommeilers im Jahre 2022 sondern wegen des Nachglühens der Brennstäbe und wegen der Endlagerungsprobleme noch viele Jahrzehnte länger begleiten. Diese Risiken haben wir am Hals, mit oder ohne Atomausstieg.

Die Kommission leugnet dies nicht, erwartet aber zum mindesten langfristig einen Sicherheitsgewinn. Außerdem betont sie die Chance, dass Deutschland mit seiner Energiewende, sofern die denn funktioniere, dazu beitragen könne, die Welt eines Tages vom Übel der Kernkraft zu erlösen.

Viel spricht dafür, dass beide Rechnungen nicht aufgehen.

In diesen Wochen hat die Europäische Kommission einen Bericht über die Sicherheit der Kernkraftwerke veröffentlicht. Die FAZ hat sich den Spaß erlaubt, die insgesamt 27 Atommeiler auf einer Europakarte einzuzeichnen und sie je nach Anzahl der festgestellten Mängel von dunkelblau bis knallrot zu markieren. Da leuchten die deutschen und die skandinavischen Meiler allesamt blau; rot hingegen die französischen und britischen, von den südosteuropäischen zu schweigen.

Fortsetzung: Energiepolitik zwischen Ökonomie, Ökologie und Ethik

Vortrag auf der Tagung „Wirtschaft und Ethik“, 10. November 2012 – von Hans Christoph von Rohr

Welchen Sinn macht es bei dieser Gefechtslage, Europas sicherste Meiler abzuschalten und so die verbleibenden in unserer Nachbarschaft noch weniger verzichtbar zu machen? Inwiefern dient es der Risikovermeidung, unsere hochentwickelte und weltweit nachgefragte Sicherheitstechnik für Kernreaktoren preiszugeben, zum mindesten ihre Fortentwicklung im eigenen Lande faktisch zu unterbinden? Sehen wir die Kernkraftsicherheit in besseren Händen, wenn deutsche Ingenieure sie nicht mehr beherrschen?

Noch gewagter ist der zweite Hoffnungswert der Kommission, dass die Welt dem deutschen Modell folgen könnte, diesem Modell, das – wiederum zitiert nach Botho Strauss – zur Hälfte aus nichts anderem besteht als aus Überzeugung, Gewissen und Gesinnung.

Die Fakten sind ernüchternd. Weltweit laufen heute 435 Kernreaktoren, weitere 56 sind im Bau bzw. konkret geplant. Die USA haben bei 59 ihrer insgesamt 104 Reaktoren die Laufzeit auf 60 Jahre verlängert, weitere 18 Anlagen befinden sich im Genehmigungsverfahren. China und Indien haben nach Fukushima zwar inne gehalten, es hat dort aber anders als in Deutschland kein angstgetriebenes Erweckungserlebnis gegeben. Sie denken nicht daran, die Atomenergie abzuschaffen, sondern sie konzentrieren sich darauf, ihre Kraftwerke im Blick auf die japanischen Erfahrungen sicherer zu machen – am liebsten mit deutscher Technik, solange die noch zur Verfügung steht.

Um Deutschland auf seinem Sonderweg ist es einsam geworden, so einsam, dass die Europäische Energieagentur warnt: Falls der deutsche Atomausstieg Schule mache, werde dies „alarmierende Folgen für die Weltbevölkerung durch Kostenexplosion, CO₂-Anstieg und die sich daraus ergebenden Turbulenzen“ haben.

Bitte missverstehen Sie mich nicht: Ich denke nicht daran, die Folgen eines nuklearen Zwischenfalls mitten in Europa zu verniedlichen. Tschernobyl hat 1986 wie ein Schock gewirkt. Und auch wenn dort nicht „100.000 Sofort-Tote“ zu beklagen waren, wie *Spiegel* und *Süddeutsche Zeitung* damals unter Berufung auf das Öko-Institut Darmstadt berichteten, sondern Gott sei Dank nur ein Bruchteil dieser Zahl und in Fukushima noch kein einziger – dass die Strahlenbelastung einer ganzen Region erhebli-

che Gefahren birgt, kann niemand leugnen. Ich halte nur den Ansatz für verfehlt, jedes Risiko mit einem hohen Schadenspotential für moralisch unakzeptabel zu erklären, ohne zuvor wenigstens ansatzweise in eine Abwägung mit anderen, dann leider zu akzeptierenden Risiken einzutreten. Abgewürgt wird damit jede Debatte um eine konsequente Risikominderung, und die erscheint mir bei 400 Kernkraftwerken weltweit als das eigentlich Wichtige.

Seltsamerweise reagieren wir so nur beim Thema „Atom“. Andere Gefahren blenden wir lieber aus. Für die Welt und damit für Deutschland haben sich in den letzten Jahren dramatische Risiken entwickelt, die Fachleute als „Angriffe im Cyberspace“ bezeichnen. Computergestützte Attacken auf Wasser- und Elektrizitätswerken oder auf Chemiefabriken; in die Steuerungssysteme von U-Bahnen eingeschleuste Computerviren, die Züge zum Entgleisen und Flugzeuge zum Absturz bringen und so zu Zerstörung, Panik und Tod zahlloser Menschen führen. Kein Mensch denkt daran, wegen dieser Risiken Elektrizitätswerke, Chemiefabriken oder U-Bahnen stillzulegen, sondern man konzentriert sich richtigerweise darauf, die Gefahren durch Sicherheitsmaßnahmen so weit wie möglich abzuwehren. In den USA geschieht das durch eine spezielle Einheit, das „Cyber Space Command“ oder „US Cybercom“.

Oder die Edertalsperre. Von der wissen wir aufgrund wissenschaftlicher Berechnungen, dass ihr Wasser bei einem Bruch des Staudamms zigtausende Menschen ertränken würde. Es gibt keinerlei Vorsorge gegen einen solchen Unfall, keine Evakuierungspläne, und keine Versicherung der Welt ist bereit, solche Risiken in die Bücher zu nehmen; aber niemand empört sich, und ich sage glücklicherweise, denn kein Land, geschweige denn eine hochentwickelte Industriegesellschaft wäre mit dem Postulat 100%iger Risikovermeidung überhaupt regierbar.

Dennoch könnte es natürlich sein, dass die deutsche Energiewende, also der kurzfristige Umstieg auf erneuerbare Energien, wirklich gelingt, dass sich die damit verbundenen ökonomischen und ökologischen Hoffnungen erfüllen. Dann würde die Welt aufmerken.

Beginnen wir mit der Stromerzeugung durch Sonne, also mit der Photovoltaik. Mit riesigen Subventionen ist es uns gelungen, auf diesem

Gebiet Weltmeister zu werden. In Deutschland, wo die Sonneneinstrahlung etwa der von Alaska entspricht, stehen heute genauso viele Solarmodule wie in der gesamten übrigen Welt. Diese deutschen Module übertreffen heute mit 29 GW bereits die Kapazität aller deutschen Kernkraftwerke – muss einen das nicht begeistern?

Leider hat die Photovoltaik ein paar Schönheitsfehler:

Ihre wirkliche Leistung beträgt, aufs Jahr gerechnet, dank unserer Wetterbedingungen kaum 10 % der installierten Kapazität, und dieser Strom fließt auch nur dann, wenn die Sonne es will, und nicht unbedingt, wenn die Verbraucher ihn benötigen. Mittags im Sommer haben wir mittlerweile einen solchen Überschuss an Solarstrom, dass ihn die Versorger, um das Zeug irgendwie loszuwerden, an die europäischen Nachbarn verkaufen müssen – und raten Sie mal, zu welchem Preis: Sie bekommen gar nichts dafür sondern müssen Tschechen oder Franzosen eine Entsorgungsgeldgebühr drauflegen.

Das ist aber nur ein Teil der Kosten. Gewaltig sind die Zusatzinvestitionen in die Netze, denn Solarstrom wird ja an tausend Standorten dezentral erzeugt und in lokale Stromnetze eingespeist. Diese Netze sind dafür ausgelegt, den Strom von Hochspannungsleitungen aus weitläufig zu verteilen. Für die *umgekehrte* Prozedur, also das Einsammeln von Strom (oder genauer gesagt: mal sammeln/mal verteilen) sind sie nicht eingerichtet. Die Deutsche Energie-Agentur (Dena) hat errechnet, dass wegen der Energiewende neue Stromnetze in einer Gesamtlänge von bis zu 193.000 km verlegt werden müssen; Kosten bis zu €42 Mrd. Die geplanten „Stromautobahnen“ von Nord nach Süd, gegen die sich bereits heftiger Widerstand von Naturschützern regt, bilden mit 3.700 km nur die Spitze des Eisberges.

Den Solarstromhersteller, also unseren Dachbesitzer, ficht all dies nicht an, denn ihm sind unabhängig vom „Wert“ des abgelieferten Stroms die Einspeisevergütungen garantiert: Für jede kWh bekommt er im Durchschnitt 30 ct, fünfmal den Preis von Kohle- oder Atomstrom, und das Geld fließt zwanzig Jahre lang. Volkswirte haben ausgerechnet, dass sich mittlerweile für den Verbraucher eine Kostenlast

Fortsetzung: Energiepolitik zwischen Ökonomie, Ökologie und Ethik

Vortrag auf der Tagung „Wirtschaft und Ethik“, 10. November 2012 – von Hans Christoph von Rohr

von €110 Mrd. aufgetürmt hat – 15 Mrd. davon haben wir bereits bezahlt, 95 Mrd. liegen noch vor uns, Ende nicht abzusehen.

Und all dies, um im Jahresverlauf weniger als 3 % unseres Strombedarfs abzudecken.

Die Solarstrom-Subventionsmaschine hat in den letzten Jahren auf Hochtouren gearbeitet, es entstanden angeblich hunderttausend Arbeitsplätze, Börsenmilliardäre wuchsen wie Pilze aus dem Boden. Was ist davon geblieben? Die meisten Arbeitsplätze sind alsbald nach China gewandert, wo man die blauen Röhren zu einem Drittel der heimischen Preise kaufen kann. Unsere Solarfirmen werden serienweise insolvent, betteln um höhere Subventionen. Was aber viel schlimmer ist: Wir haben unsere Photovoltaik-Revolution aus Angst vor CO₂ und Atom mit atemlosen Tempo vorangetrieben, haben die Technik nicht ausreifen lassen sondern sie innerhalb kürzester Zeit auf die Dächer gehämmert, hoch subventioniert. Da liegen sie nun, fast 50 % der Weltkapazität – dreimal teurer eingekauft, als sie heute kosten würden. Das ist zerstörtes Volksvermögen und macht uns zum Gespött der Welt.

Wind ist die zweite unerschöpfliche Energiequelle, die unsere industrielle Zukunft sichern soll. Die gute Nachricht: Wind weht oft auch, wenn die Sonne nicht scheint, nachts, bei düsterem und kaltem Wetter. Deshalb ist die Energieausbeute größer als bei der Photovoltaik. Im Jahresdurchschnitt beträgt sie nicht 10% wie bei der Photovoltaik sondern 22 bis 38 %, je nachdem, ob die Windräder an Land oder auf See montiert werden. Trotzdem muss der Verbraucher auch die Windkraft massiv subventionieren, nach dem gleichen System wie bei der Photovoltaik für 20 Jahre garantiert mit über 10 ct je kwh, was sie fast doppelt so teuer macht wie Kohle- oder Atomstrom.

Doch auch dieser Faktor 2 ist eine Mogelpackung, weil er entscheidende Kosten ausklammert: Wind- wie Sonnenstrom stehen ja nur zur Verfügung, wenn das Wetter mitspielt – was geschieht bei Flaute oder bedecktem Himmel, wenn die Anlagen gar nicht oder unter Nennkapazität laufen? Wie überbrücken wir die fehlenden bis zu 78% bei Wind und 90 % bei Solar? Woher kommt dann der Strom?

Das ist die *Gretchenfrage der erneuerbaren Energien*. Heute und in der überschaubaren

Zukunft müssen für diese naturgegebenen Lücken konventionelle Kraftwerke erhalten – Atom, Kohle, Gas. Das schafft ein wirtschaftliches und ein technisches Problem:

Nach dem EEG müssen Wind- und Sonnenstrom vorrangig in die Netze eingespeist werden mit der Folge, dass die Versorger ihre konventionellen Kraftwerke je nach Wetterlage herauf- und herunterfahren müssen. Das ist kostspielig – einmal wegen des Anfahrvorganges selbst, dann wegen der schlichten, nicht nur einem Betriebswirt offenkundigen Rechnung, dass ein Werk, das wegen des ständigen An- und Ausschaltens nur einen Teil des Jahres ausgelastet ist, je kwh wesentlich teurer produziert. Fachleute sprechen von ca. Faktor 2.

Schon heute fragen sich Energieversorger, ob sie solche nur teilweise ausgelasteten Kraftwerke überhaupt noch betreiben, geschweige denn neu bauen sollen. Die Regierung überlegt deshalb, für die Kraftwerke einen gesetzlichen Betriebszwang einzuführen und den Neubau (bitte hören Sie genau hin!), inmitten der Klima-Debatte den Neubau von CO₂ emittierenden Kraftwerken auf Gas- oder Kohlebasis staatlich zu subventionieren.

Eine technische Delikatesse liegt darin, dass es eigentlich die Atomenergie ist, die sich besonders gut zum Ausgleich des Auf und Ab bei Wind und Sonne eignet, weil sich die Reaktoren anders als träge Kohlekessel sehr rasch regulieren lassen, indem man die Brennstäbe herein- oder herausfährt. Kernkraft wäre also eigentlich die perfekte Komplementärenergie zu Wind und Sonne, und genauso klimafreundlich. Sie darf in Deutschland diese Rolle nicht mehr spielen.

All diese Zusatzkosten sind in der Umlage für erneuerbare Energien, die uns die Regierung fürs nächste Jahr mit 5,3 ct/kwh beichtet, nicht enthalten. Sie wandern in den allgemeinen Strompreis und gefährden damit die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Gefahr droht aber noch aus einer anderen Richtung. Deutschland konnte sich bislang rühmen, bei der Stromversorgung einer der sichersten Standorte der Welt zu sein. Die Stromverfügbarkeit in Deutschland lag regelmäßig bei 99,95 %. In vielen Industriebetrieben – denken Sie an Stahl, Aluminium, Mikrochips, Chemie – kön-

nen selbst kurzzeitige Netzausfälle katastrophale Folgen auslösen. Für sie ist die Netzstabilität ein entscheidender Standortfaktor. Ich hatte mehrere Jahre in Berlin die Aufgabe, weltweit Investoren für die neuen Bundesländer zu gewinnen, und eines der stärksten Argumente, das wir in den Verhandlungen auf den Tisch legen konnten, lautete: Ja, wir haben höhere Löhne, ja, unsere Umweltauflagen sind strenger. Aber nirgendwo in Ost- und Westeuropa findet Ihr eine so bombenfeste Stromversorgung.

Damit ist es heute vorbei. Im letzten Winter sind wir haarscharf an einem Blackout vorbeigeschrammt. Gaskraftwerke mussten zum Ausgleich für fehlende Windenergie angeworfen werden, es kam zu Versorgungsengpässen beim Erdgas. Einzelne Stadtwerke ließen die Temperaturen in Schulen und öffentlichen Gebäuden herunterdrehen. Als dann ein Versorger zwei Gasturbinen aus dem Netz nahm, wollte das Bundeswirtschaftsministerium ihn dazu zwingen, die Stromerzeugung aufrechtzuerhalten. Es ließ diesen Plan dann aber fallen, weil ein solcher Schritt nach der Gesetzeslage nur zulässig gewesen wäre, wenn die Regierung den „Notstand in der Energieversorgung“ öffentlich erklärt hätte. Dieses Bekenntnis scheute man natürlich wie der Teufel das Weihwasser.

Wie wird es mit der Versorgungssicherheit in Deutschland weitergehen, was geschieht in den nächsten Wintern? Matthias Kurth, der bisherige Chef der Bundesnetzagentur, ein politisch unverdächtig Sozialdemokrat, erwartet den eigentlichen Härtestest in 6 bis 7 Jahren, wenn schrittweise ein Kernreaktor nach dem anderen abgeschaltet und durch andere, vor allem Gaskraftwerke ersetzt werden soll, deren Planungs- und -bauzeit mindestens 6 Jahre beträgt. Noch hat man mit keinem einzigen begonnen, weil bislang kein Investor weiß, wie er seine Betriebskosten kalkulieren – und wie er mit Störungen in der Erdgasversorgung umgehen soll. Unsere Importabhängigkeit von Russland werden wir, wenn alles so kommt wie politisch gewollt, bis dann verdoppelt haben. Was diese selbstgewählte Abhängigkeit von einem totalitären Regime geopolitisch bedeutet, möge jeder nach eigenem Ermessen beurteilen.

Sie werden fragen: Wenn Sonne und Wind so ungleichmäßig Strom liefern, warum entwickelt man denn nicht geeignete *Stromspeicher*? Die könnte man auftanken, wenn der Wind zu

Fortsetzung: Energiepolitik zwischen Ökonomie, Ökologie und Ethik

Vortrag auf der Tagung „Wirtschaft und Ethik“, 10. November 2012 – von Hans Christoph von Rohr

kräftig weht, und anzapfen, wenn man bei Windstille zusätzlichen Strom braucht.

So verlockend dieser Gedanke ist, und so sehr die Politik uns glauben machen möchte, dass die Lösung zum Greifen nah vor uns liegt – so ernüchternd ist leider die Realität. Bei der Speicherung gibt es nämlich ein Mengen- und ein Zeitproblem.

Seit hundert Jahren bewährt haben sich Pumpspeicherwerke: Bei Stromüberschuss pumpt man Wasser nach oben, zB in einen Stausee – bei Strombedarf leitet man das Wasser über Turbinen, um Elektrizität zu erzeugen. Eine feine Sache, die in Norwegen gut funktioniert, auch an einigen Plätzen in Mitteleuropa, die aber in Deutschland alle Dimensionen sprengen würde: Um unsere Stromversorgung für eine zehntägige Windflaute zu rüsten, müssten wir einen Stausee bauen so groß wie der Bodensee und dreimal höher als die Zugspitze. Nur Mut, möchte man unseren Wendepolitikern zurufen.

Oder die Nutzung von Stromüberschuss, um in einer Fabrik mittels Elektrolyse Wasserstoff zu erzeugen, den irgendwo zu speichern und bei Bedarf in Gasturbinen zu leiten. Auch diese Idee ist hundert Jahre alt, und Pilotanlagen gibt es schon. Bevor eine solche Technik aber großtechnisch zum Einsatz kommen kann, vergehen mindestens noch zehn, wenn nicht zwanzig Jahre – sofern es überhaupt jemals gelingt, die bei dieser Methode eintretenden Energieverluste und damit die Kosten in den Griff zu bekommen: Auf dem Wege vom Wind zum Strom, vom Strom zum Wasserstoff, vom Wasserstoff per Turbine wieder zurück zum Strom gehen mehr als 70 % der Energie verloren, d. h. die gespeicherte Kilowattstunde, die ja bei Wind oder Sonne ohnehin extrem teuer ist, verteuert sich nochmals um den Faktor vier.

Schließlich die Autobatterie. Auch an deren Entwicklung wird seit langem gearbeitet, und ich kann nur hoffen, dass wir mit ihrer Hilfe eines Tages wegkommen vom Benzinmotor. Aber bedenken wir auch hier die Zeitachse: Die ehrgeizige Angela Merkel möchte bis 2020 eine Mio. Elektroautos auf der Straße sehen – bei einem heutigen Fahrzeugbestand von 42 Mio. sind das weniger als 3 %.

Nein, wer uns mit Speichertechnologien von dem Kernübel der meisten erneuerbaren Energi-

en erlösen will – dass sie nämlich Strom nicht liefern, wenn wir ihn brauchen, sondern wenn die Natur es will – wer uns Hoffnungen macht, dass dies auch nur ansatzweise bis 2022 gelingen kann, der betreibt politische Falschmünzerei.

Weil diese Ungereimtheit der Energiewende nicht mehr so leicht wegzudiskutieren ist, sucht man nach Auswegen aus dem Dilemma.

Eines dieser Patent-Rezepte heißt Biogas, also die Vergärung von Abfällen, vor allem aber von Ackerfrüchten wie Mais zu brennbarem Gas. Dieses Gas kann man nach Bedarf zur Stromerzeugung nutzen. Das geschieht dank milliardenschwerer Subventionen heute flächendeckend, wovon sich jeder bei Autofahrten durch unser Land überzeugen kann.

Mais ist eine tolle, schnell wachsende Pflanze, die pro Hektar bis zu 20 Tonnen Biomasse liefert, mehr geht nicht. In Deutschland wird heute 50 Mal so viel Mais angebaut wie zu Zeiten Chruschtschows, als der mit der „Wurst am Stengel“ die Ernährungsprobleme seines Landes lösen wollte. In Teilen Niedersachsens, am Bodensee und in der Rheinebene südlich von Freiburg wachsen auf mehr als 70 % der Ackerfläche Mais.

Mais ist ein Humusfresser, entsprechend viel Kunstdünger benötigt er – dies auch deshalb, weil die Bauern die Fruchtfolge nicht mehr einhalten, auf Mais folgt Mais folgt Mais. Also spritzt man noch mehr Pestizide. Das Grundwasser und die Artenvielfalt werden bedroht. Vögel können im Mais keine Nester bauen, stattdessen fühlen sich Ratten dort wohl, und Wildschweine.

Die Bundesregierung plant, den Anteil von Biomasse an der Energieproduktion von jetzt 7 % auf 23 % im Jahre 2050 zu steigern, dazu müssen wir den Maisanbau gegenüber heute noch einmal verdoppeln.

Ich frage Sie: Wo bleibt da der grüne Aufschrei? Wo bleiben die selbsternannten „Bewahrer der Schöpfung“ in den Kirchen, wenn Europa sich immer mehr zum Nahrungsmittelimporteur entwickelt, die Preise für die Ärmsten der Welt hochtreibt, weil wir im Dienste unserer energiepolitischen Vortrefflichkeit beschlossen haben, dass es ethisch geboten ist, unser täglich Brot nicht zu essen sondern zu vergasen?

Es wäre zum Verzweifeln, gäbe es da nicht die Nationalakademie Leopoldina, die 20 Wissenschaftler beauftragt hatte, den ökologischen Sinn oder Unsinn der Erzeugung von Biogas und Biodiesel zu prüfen, und zwar über den ganzen Lebenszyklus eines Ackers. Die Akademie war mutig genug, ihren niederschmetternden Bericht ungeschönt an die Öffentlichkeit zu geben: Diese Bioenergien verbrauchen deutlich mehr Fläche als andere regenerative Energiequellen, produzieren erheblich mehr Treibhausgase und belasten die Böden unverhältnismäßig. Im Blick auf diese Analyse hat die Leopoldina die Bundesregierung und die EU-Kommission dringend aufgefordert, ihre politischen Vorgaben zu korrigieren.

Es wird Sie vielleicht erstaunen, dass ich bislang kaum über den Klimawandel und das CO₂-Problem gesprochen habe. Ich drücke mich heute um das Thema, weil ich vermeiden möchte, dass wir uns zu lange auf diesem Kriegsschauplatz der Ansichten aufhalten. Haben wir einen nachhaltigen Temperaturanstieg der Erdatmosphäre? Wenn ja, ist der CO₂-bedingt? Wenn ja, ist das vom Menschen produzierte CO₂ schuld? Und wenn auch dazu ja, können wir ernsthaft hoffen, den so ausgelösten Klimawandel durch koordiniertes menschliches Handeln zu stoppen oder wenigstens abzumildern?

Ich habe da ein paar Zweifel, für meinen Vortrag beantworte ich jedoch alle Fragen sicherheitshalber mit „Ja“. Unsere Ethik-Kommission tut das genauso und setzt den Klimaschutz an die Spitze aller Kriterien, die bei der Abwägung energiepolitischer Alternativen zu beachten seien. Dann aber geht sie mit kühner Hand darüber hinweg: Dass mehr Erdgas- oder Kohleverstromung bei uns zu mehr CO₂-Ausstoß führen, müsse uns nicht beunruhigen, denn für Europa sei die zulässige Gesamtmenge CO₂ doch gedeckelt; wenn deutsche Versorger mehr CO₂ in die Luft blasen, müssten sie am Markt eben zusätzliche CO₂-Zertifikate kaufen, die an anderer Stelle in Europa dann nicht mehr zur Verfügung stünden. Ich frage Sie: Glaubt irgendjemand hier im Saal, dass sich unsere Nachbarn einen solchen deutschen Zertifikate-Großeinkauf, der die Preise hochtreibt, auf Dauer gefallen lassen? Die Wahrheit ist: Natürlich erhöht der Atomausstieg unseren CO₂-Ausstoß.

Mit einer Milchmädchenrechnung haben wir es aber noch aus einem anderen Grunde zu tun:

Fortsetzung: Energiepolitik zwischen Ökonomie, Ökologie und Ethik

Vortrag auf der Tagung „Wirtschaft und Ethik“, 10. November 2012 – von Hans Christoph von Rohr

Deutschland will mit seiner Energiewende zum Vorbild der Welt werden, einer Welt, in der Kernkraftwerke jährlich 2,5 Mrd. t CO₂-Ausstoß vermeiden helfen, einer Welt, in der die Hälfte des gesamten CO₂-frei erzeugten Stroms (also einschließlich aller Staudämme) auf die Kernenergie entfällt. Dass deren Abschaltung innerhalb eines auch nur schattenhaft erkennbaren Zeithorizonts ohne massive Klimabelastung möglich wäre, ist reine Illusion.

Es sei denn, man glaubt gar nicht an den CO₂-Effekt.

Dies Letztere will ich keinem Energiewendepolitiker unterstellen – gleichwohl fällt auf, wie weit das CO₂-Thema, das vor zwei, drei Jahren noch apokalyptische Ängste ausgelöst, Präsidenten und Minister zu Konferenzserien um die Welt gejagt, Nachrichten und Talkshows wie kein anderes Umweltthema in Aufregung gesetzt hat, ganz sanft in den Hintergrund gewandert ist. Liegt dies daran, dass die Behauptung, CO₂-Vermeidung und Atomausstieg ließen sich ohne Probleme zeitgleich realisieren, gerade bei nachdenklichen Umweltfreunden immer häufiger Zweifeln begegnet, man die CO₂-Sorgen in Deutschland deshalb als Ballast empfindet, den man am liebsten diskret abwerfen würde?

Oder haben wir es mit einem gerade für uns Deutsche vielleicht nicht ganz untypischen Panik-Zyklus zu tun: Jedes Thema – ob Waldsterben, Rinderwahn oder jetzt eben CO₂ – verbraucht sich nach einer Weile und wird dann durch das nächste, Entsetzen auslösende Naturphänomen ersetzt. Was bleibt der politischen Führung übrig, als auf die neue Angst-Welle zu reagieren, als (wiederum nach Botho Strauss) sich dem „Druck der Straße prompter, als es der politische Anstand erlaubt, zu beugen – möglicherweise um nicht im Handumdrehen selbst zum Volksfeind zu werden.“

Über Bord geworfen werden aus solchem Anlass auch gern andere, zuvor als ehern bezeichnete Grundsätze.

Nicht müde werden unsere Parteien, sich zur europäischen Idee zu bekennen, Deutschlands historische Verpflichtungen gegenüber den Nachbarn zu betonen – nur in der Energiepolitik, da fühlen wir uns zum Alleingang berufen, egal, was wir im übrigen Europa damit anrichten. Als Frau Merkel die Spontanabschaltung der sieben

Atomkraftwerke anordnete, löste sie gravierende Probleme im europäischen Verbundnetz aus, vor allem in Frankreich, das für seine Nacht-speicherheizungen in sehr kalten Wintertagen Strom aus Deutschland benötigt; der stand nun plötzlich nicht mehr zur Verfügung. An anderen Tagen, mit viel Wind oder Sonne, überschwemmt Deutschland das europäische Netz dann wieder in einem Maße, dass etwa Polen ernsthaft darüber nachdenkt, sich aus dem Verbund mit Deutschland auszuklinken.

Ähnlich ergeht es der sozialen Verantwortung, sonst ganz oben auf der Agenda aller Parteien. Sie darf bei der Energiewende ein Sabbatjahr einlegen. Die Ethikkommission verkündete dem staunenden Publikum allen Ernstes, dass die Verbraucher von Preiserhöhungen verschont bleiben würden, Kostensenkungen und –erhöhungen würden sich in etwa saldieren. Die Tinte war kaum trocken unter dem Papier, da hatten die Realitäten unsere Ethiker bereits eingeholt. Die EEG-Umlage auf den Strompreis steigt um 50%, was natürlich vor allem die kleinen Leute trifft, die Mieter, während sich Hausbesitzer und Landleute über prächtige Renditen ihrer Solardächer und Windräder freuen dürfen. Eine perfekte Umverteilung von unten nach oben. Schon appellieren Gewerkschaften und Mieterverbände, der Staat müsse den Menschen diese Mehrkosten abnehmen, und er wird es natürlich tun in einer nicht abreißenden Subventionskette: Erst Milliarden für Wind und Sonne, dann, um Industriebetriebe durch die explodierenden Stromkosten nicht scharenweise ins Ausland zu treiben, hohe Industrierabatte, für die eigentlich die privaten Verbraucher aufkommen sollen, denen der Staat diese Last aber größtenteils nicht zumuten mag, also neue Subventionen, die auch deshalb ansteigen, weil Sonnen- und Windkraftbetreiber ja sogar Geld bekommen, wenn ihr Strom nicht mehr in die überfüllten Netze passt und gebührenpflichtig ins Ausland entsorgt werden muss.

Durch neue Subventionen müssen auch die Netzbetreiber bei Laune gehalten werden: Für die risikoreichen Kabelanschlüsse der Windkraftwerke im Meer wird, weil man so etwas nicht versichern kann, der Stromverbraucher in Haftung genommen; mit einer Sonderumlage auf unserer Rechnung.

Der Staat hat sich hier in einen Teufelskreis begeben: Je mehr er durch eine Mischung von Förderprogrammen und staatlichem Zwang

in Märkte eingreift, umso hektischer muss er durch neue Programme und neuen Zwang auf die von ihm selbst ausgelösten Fehlentwicklungen reagieren. Mit jedem dieser Schritte gleitet er mehr in planwirtschaftliche Strukturen. Planwirtschaft ist das ineffizienteste und teuerste Wirtschaftsmodell – das hat uns die sozialistische Praxis gelehrt. Wenn man die deutsche Energiepolitik analysiert, reift der Verdacht, dass es ein noch teureres Modell als die sozialistische Planwirtschaft geben könnte: Die ethische Planwirtschaft.

So ungefähr sieht es aus, das Puzzlespiel „Deutsche Energiepolitik“, und ich würde mich nicht wundern, wenn mancher von Ihnen jetzt seufzen möchte: „I am still confused, but on a higher level“. Lässt sich denn nicht dieses Knäuel von Technik, Volkswirtschaft und Politik so weit entwirren, dass etwas herauskommt, was 1. alle verstehen und 2. im Sinne meines Themas die ökonomischen, ökologischen und ethischen Gesichtspunkte unter einen für unser Land passenden Hut bringt? Was müsste dafür geschehen?

Vor fast einem Vierteljahrhundert musste ich mit Alfred Herrhausen, dem später ermordeten Vorstandssprecher der Deutschen Bank, über ein kompliziertes Sachthema diskutieren. Ich drängte auf eine schnelle Lösung, er aber erwiderte: Herr von Rohr, die größten Fehler in meinem Leben habe ich immer dann gemacht, wenn ich eine Sache nicht wirklich zu Ende gedacht habe. Nehmen wir uns die notwendige Zeit.“

Ja, darum geht es wohl, die Dinge zu Ende denken, sich nicht vom Tagesaffekt leiten lassen, sondern das Pro und Contra auf lange Sicht wägen, Zielkonflikte ernst nehmen und sie nicht voreilig mit der Ethik-Keule erschlagen wollen, und vielleicht das Wichtigste: Denen misstrauen, die uns die perfekte Planbarkeit der Zukunft vorgaukeln wollen.

Uns heute darauf festzulegen, wie im Jahre 2050, also mehr als eine Generation nach uns, die deutsche Energieversorgung auszusehen hat, 32% Sonne, 40 % Wind, 20 % Kohle und Gas, wo wir doch nicht einmal wissen, wie unsere Welt in 5 Jahren aussieht – das halte ich für politische Blasphemie.

Die Antwort kann nur lauten, in der Energiepolitik wieder zu den bewährten Methoden iterativer Entscheidungsfindung zurückzukehren,

Fortsetzung: Energiepolitik zwischen Ökonomie, Ökologie und Ethik

Vortrag auf der Tagung „Wirtschaft und Ethik“, 10. November 2012 – von Hans Christoph von Rohr

technische Entwicklungen anzustoßen, sie aber nicht dauerhaft zu subventionieren, die Rahmenbedingungen, auch ökologische Standards, staatlich vorzugeben, das „wie“ der Umsetzung aber der Pfliffigkeit des Marktes zu überlassen. Dazu gehört dann auch, dass man aufhört, Umweltsorgen der Menschen in „gute“ und „schlechte“ zu sortieren: Die guten, das sind die Ängste vor Atom und CO₂, die „bösen“, das sind Sorgen um Landschaftszerstörung durch Windräder und neue Hochspannungsleitungen, das Zerpflügen unseres Wattenmeeres durch den Trassenbau, die Kontamination unserer Böden und Gewässer. Hat all das früher nicht ganz oben auf der Grünen Agenda gestanden?

Im Ergebnis bekommen wir dann wahrscheinlich kein perfektes Modell, es wird weiterhin Windräder und Solarkollektoren geben, wo sie sich ohne nennenswerte Subventionen rechnen. Neue Technologien, die eine ernsthafte Alternative zur heutigen Kernkraftnutzung darstellen und die in Frau Merkels Vision für 2050 noch gar nicht vorkommen können, erhalten eine Chance; denn ein offenes System ohne starre Zielvorgaben lässt sich flexibel nachjustieren, gibt Freiräume, auch politische, für „trial and error“. Deutschland müsste dann seine Spitzenposition in kerntechnischen Sicherheitsfragen nicht ersatzlos aufgeben, sondern könnte sein weltweit gefragtes Knowhow weiterentwickeln. Wir bekämen eine Chance, sehr konkrete und dringend erforderliche Beiträge zum Abbau atomarer Risiken in Europa und in der Welt zu leisten. Mit der jetzt angesagten „Energiewende“ überlassen wir diese Jahrhundertaufgabe anderen, in erster Linie russischen und südkoreanischen Firmen. Wir mauern unser Land für Jahrzehnte ein in ein Konzept, das für eine Weile vielleicht den Eindruck moralischer Vortrefflichkeit vermitteln mag, das uns aber auf der Zeitachse erbarmungslos zur Kasse bitten wird, wirtschaftlich und ökologisch.

Unmittelbar nach der Fukushima-Katastrophe hatte mich ein hoher japanischer Diplomat nach Berlin eingeladen; ein profunder, in Göttingen ausgebildeter Kenner unseres Landes. Ihn hatte die deutsche Reaktion auf das Unglück erstaunt, die öffentliche Erregung weniger über die 30.000 Tsunami-Toten in Japan als über die atomare Bedrohungslage im eigenen Land mit der Folge, dass in Berlin die Geiger-Zähler innerhalb von 48 Stunden ausverkauft waren. „Ihr Deutschen,“ sagte er, „seid geprägt

von drei Dingen: Das eine ist die Romantik; diese Epoche bestimmt immer noch Eure Politik. Das zweite ist Angst. Öffentlich artikulierbare Ängste sind ein Teil Eurer Leitkultur geworden. Und das dritte: Demo, leidenschaftliches Aufbegehren. Wenn Euer romantisches Weltverständnis mit den Realitäten kollidiert und Ängste mobilisiert, dann geht Ihr auf die Straße, dann schlägt Ihr notfalls zu. Wir Japaner teilen alle diese Neigungen nicht, und deshalb verstehen wir einander nicht immer.“

Romantik-Angst-Gewalt, dieser Dreisatz hat mich damals sehr nachdenklich gestimmt, vor allem auch deshalb, weil meine Frau aus Lüchow-Dannenberg stammt und wir viel Zeit in unserem Landhaus gar nicht so weit weg von Gorleben verbringen.

Ja, die Kausalkette Romantik-Angst-Gewalt können wir dort seit Jahrzehnten wie unter Laborbedingungen beobachten. Es herrscht bei denen, die sich im sog. „Widerstand“ engagieren, oft tiefes Misstrauen gegen die moderne, auf Arbeitsteilung angelegte Welt. Gebrauchsgegenstände möchte man kunsthandwerklich, nicht aus der Massenproduktion der Städte. Wozu brauchen wir große Industriekomplexe, wozu überhaupt städtische Metropolen? Viel menschengemäßer sind kleine, ländlich verteilte Subzentren, die sich selbst mit möglichst allem versorgen, was sie zum Leben brauchen. In diese Gedankenwelt passt die Energiewende perfekt hinein: Jedes Dorf, gar jeder Bauernhof erzeugt mit Windrad oder Sonnendach seinen eigenen Strom, man braucht keine Überlandleitungen mehr, kein Energiemulti schreibt mehr Rechnungen. Und während man für eine solche Idylle kämpft, trägt man entscheidend dazu bei, Deutschland, ja die Welt von den apokalyptischen Schrecken des Atomzeitalters zu erlösen.

Damit das gelingt, bedarf es des Treibmittels ANGST. Ängste zu schüren, immer wieder neue Ängste zu kreieren, darin kennt man sich aus im Wendland. Mal sind es die Strahlen der dort zwischengelagerten Castor-Behälter, die ein bislang nicht hervorgetretener Wissenschaftler dafür verantwortlich macht, dass in Gorleben im vorigen Jahr mehr Jungen als Mädchen geboren wurden. Dann berichtet ein anderer mit panikweiten Augen, dass sein Geigerzähler am Bauzaun des Zwischenlagers schneller getickt habe, als dies nach der StrahlenschutzVO erlaubt sei. Es folgen Bitt-

gottesdienste, Sitzblockaden, ja, auch Gewalt, es finden sich Verbündete aus dem linken und rechten politischen Lager, beide in harmonischem Schulterschluss. Nur die Mitte des bürgerlichen Spektrums hat es in einem solchen Ambiente politischer Romantik schwer. Sie ist hier das, was die Romantiker im 19. Jahrhundert verächtlich als „Philister“ bezeichneten: Menschen, an denen die Aufgeregtheiten ablaufen, die tagtäglich ihren Geschäften nachgehen und dann eben zusehen müssen, wie andere das politische Feld beherrschen.

Das ist die Lage, gut ein Jahr nach der Energiewende, die den energiepolitischen Kurs unseres Landes für dieses Jahrhundert unverrückbar festlegen soll. Eine solche Jahrhundertentscheidung hatten wir schon einmal, in den siebziger Jahren unter Kanzler Helmut Schmidt: Über 100 Kernkraftwerke sollten es in Deutschland werden, 80% des Stroms sollten sie liefern, eine stabile Plattform weit bis ins nächste Jahrtausend; da stimmten ihm alle Parteien zu.

Die Plattform ist zerbröckelt, in einem schmerzhaften, die Gesellschaft zerklüftenden und von Gewalt begleiteten Prozess. Nirgendwo auf der Welt, so Originalton Helmut Schmidt, war die Wende von Begeisterung zur Verteufelung der Kernkraft so radikal wie in Deutschland. Wie wird wohl die nächste Wende verlaufen? Welche Halbwertszeit billigen wir der neuesten Jahrhundertentscheidung zu? Selbst der sonst eher kanzlertreue Wirtschaftsrat der CDU spricht im Blick auf die erneuerbaren Energien von einem „planwirtschaftlichen Monster“, es sei hier „volkswirtschaftlicher Irrsinn“ am Werk.

Der Druck im Kessel baut sich also langsam auf, aus den unterschiedlichsten Richtungen. Wie werden die Menschen reagieren, wenn sie feststellen müssen, dass die Politik sich wieder einmal geirrt hat? Dass dieser Irrtum wenn überhaupt dann nur in einem sehr langfristigen Prozess, über zwei Jahrzehnte kann das dauern, wieder korrigierbar ist, dass bis dahin Arbeitsplätze, Wohlstand, Umwelt das Nachsehen haben?

Ich denke, dass uns in der Kombination von Euro-Krise und Energiewende turbulente Zeiten bevorstehen. Genießen wir die Ruhe vor dem Sturm.

Der Autor Dr. Hans Christoph von Rohr war Vorstandsvorsitzender der Klöckner-Werke AG und ist Mitglied des Bundesvorstands vom Wirtschaftsrat der CDU.

Der „Ehrbare Kaufmann“ als Leitbild moderner Unternehmensführung?

Für ein ethisches Durchhaltevermögen ist eine Wertetreue aus Überzeugung unverzichtbar – von Reinhard Haupt

1. Der „Ehrbare Kaufmann“: Historische Vorbilder

Gegenwärtig finden sich eine ganze Reihe von Stimmen in Politik und Gesellschaft, in Wirtschaftspraxis und -wissenschaften, die das historische Vorbild des „Ehrbaren Kaufmanns“ für die heutige Wirtschaftswelt beschwören. So hat der bis 2010 amtierende Bundespräsident *Horst Köhler* in einer seiner „Berliner Reden“ auf die Bankenkrise der Jahre seit 2008 Bezug genommen und dabei ein moralisches Fehlverhalten von Verantwortungsträgern am Finanzmarkt angeprangert, wobei er indirekt das Leitbild ehrbaren Wirtschaftens betont: „Dabei geht es auch um Fragen der Verantwortung und des Anstands. Was vielen abhanden gekommen ist, das ist die Haltung: So etwas tut man nicht“[1]. Ähnlich haben sich in letzter Zeit namhafte Unternehmerpersönlichkeiten (z.B. *Claus Hipp* oder *Heinz Dürr*), Repräsentanten von Wirtschaftsinstitutionen, Parteien und Großunternehmen auf den „Ehrbaren Kaufmann“ berufen[2]. In der Betriebswirtschaftslehre ist das Thema mit Beiträgen von *Albach*[3] und *Schwalbach*[4] in der akademischen Fachauseinandersetzung angekommen.

Das „ehrbare“ kaufmännische Verhalten wird besonders im ausgehenden Mittelalter thematisiert, und zwar zum einen in Schriften zum oberitalienischen Wirtschaftsleben und zum anderen in Quellendokumenten des Hanse-Wirtschaftsraums. Ein historischer Meilenstein ist etwa das 1340 erschienene Handbuch „*Practica della Mercatura*“ von *Francesco Balducci Pegolotti*. Darin heißt es unter anderem: „Der Kaufmann, der Ansehen genießen will, muß immer gerecht handeln, große Weitsichtigkeit besitzen und immer seine Versprechen einhalten. Wenn möglich, soll er . . . aufrichtig beim Verkauf, aufmerksam beim Kauf sein . . . Sein Ansehen wird noch größer, wenn er die Kirche besucht, aus Liebe zu Gott spendet, ohne zu feilschen seine Geschäfte abschließt und sich strikt weigert, Wucher zu betreiben. Schließlich soll er vernünftig seine Konten führen und keine Fehler begehen...“[5]. Sehr bekannt geworden ist auch das Wort von *Luca Pacioli*, dem Urheber der doppelten Buchhaltung, der in seiner „*Summa*“ (1495) schreibt: „Es gilt nichts höher als das Wort des guten Kaufmanns, und so bekräftigen sie ihre Eide, indem sie sagen: Bei der Ehre des wahren Kaufmanns!“[6].

Diese Belege lassen zweierlei erkennen. Erstens wird die – auch sprachlich anklingende – Verwandtschaft von „ehrbare“ und „ehrlich“ deutlich: Verzicht auf Ehrlichkeit bedeutet einen Verlust an Ehre – oder an Reputation und Ruf, wie man heute vielleicht eher sagen würde. Zweitens ist Ehrbarkeit nicht auf tugendhaftes Verhalten begrenzt, sondern schließt auch kaufmännische Kompetenzen („Weitsichtigkeit“, „aufmerksam beim Kauf“) und eine bewusste Glaubensbindung („...aus Liebe zu Gott spendet...“) ein. Kündigt sich hier nicht schon eine Parallele zur modernen „Corporate Social Responsibility“ an, die sich in einem ähnlichen Dreieck von Wertebewusstsein, Unternehmenserfolg und Wohltätigkeit (als säkularisierter Fassung einer Glaubensausprägung) bewegt?

Ähnlich den Moraltraditionen im Wirtschaftsleben Oberitaliens findet man im norddeutschen Handelsverkehr kaufmännische Prinzipien der Hanse-Zeit des Ost- und Nordseeraums. Diese Epoche wird auf die Mitte des 12. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts datiert. Als charakteristischer Hanse-Einstieg wird oft die Gründung der Stadt Lübeck (1158) genannt, der „heimlichen“ Hanse-Hauptstadt, die den ersten und manche der späteren Hansetage ausrichtete. Im Umfeld der hansischen Traditionen ist 1517 in Hamburg die „Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns“ (VEEK) als Verband der Hamburger Überseekaufleute gegründet worden. Zwar sieht z.B. *Postel*[7] das Attribut „ehrbare“ des VEEK nicht so sehr als Ausdruck von deren Tugendhaftigkeit als eher von Höflichkeit und Achtung vor diesem Gremium an, was aber nicht einer klaren Wertebindung der „Versammlung“ widerspricht.

Unter den gemeinsamen Ethikprägungen der italienischen und hansischen Wirtschaftswerte sollte an erster Stelle die Verträglichkeit von kaufmännischem Erfolgsbewusstsein und moralischer Prinzipientreue oder von Gewinn und Gewissen[8] betont werden: eine straffe und zielstrebige Geschäftspolitik wird als absolut vereinbar mit einer verbindlichen und sauberen Werteausprägung empfunden.

Unter den damaligen Ethikstandards selbst dürfte der Wahrheitsliebe eine besondere Priorität zukommen – siehe den obigen Hinweis auf die etymologische Nähe von „ehrbare“ und „ehrlich“! Damit sind nicht nur die radikale

Lüge im Geschäftsleben, sondern auch hintergründige Grauzonen der Unwahrheit, wie Verschleierung, Irreführung oder Täuschung, ausgeschlossen. Die bekannten zivilrechtlichen Redewendungen wie „Treu und Glauben“ (§§ 157, 242 BGB) oder die „Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns“ (§ 347 HGB) lassen den früheren Stellenwert von Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit im Rechts- und Wirtschaftsverkehr noch erahnen [9].

2. Der „Ehrbare Kaufmann“ in der Moderne

Die Wirtschaftspraxis hat das Ideal des „ehrbaren Kaufmanns“ über die Jahrhunderte lebendig erhalten. Dafür legt etwa *Thomas Manns* „*Buddenbrooks*“, jenes Epos einer Lübecker Kaufmannsdynastie, Zeugnis ab, wenn er dem Firmengründer den Rat in den Mund legt: „Mein Sohn, sey mit Lust bey den Geschäften am Tage, aber mache nur solche, dass wir bey Nacht ruhig schlafen können!“[10]. Aber auch das moderne Wirtschaftsleben der Nachkriegszeit bezieht sich z.B. mit dem Gesetz der Industrie- und Handelskammern von 1956 auf dieses Vorbildmodell, indem als Aufgabe der Kammern benannt wird (§ 1, Absatz 1), „für Wahrung von Anstand und Sitte des ehrbaren Kaufmanns zu wirken“[11]. Schließlich wurde 1955 der Verein „Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns“ gegründet, der an die damalige Einrichtung gleichen Namens anknüpfen sollte und als Vereinszweck definierte, „für die Wahrung der Prinzipien Treu und Glauben im Geschäftsleben zu sorgen und einzutreten“[12].

Die „Versammlung“ hat sich seit der Wiedergründung mit Appellen und Memoranden in der Wirtschaft Gehör zu verschaffen gesucht, etwa mit einem Aufruf gegen sinkende Schuldnermoral („Grundsätze im Zahlungsverkehr“, 1959), für Fairness in der Werbung („Grundsätze lauterer Werbung“, 1979) u.a. Kürzlich wurde das Leitbild des „Ehrbaren Kaufmanns“ aktualisiert und mit gegenwärtigen Wirtschaftswerten wie Weltoffenheit, Verlässlichkeit, Verpflichtung zum Prinzip von Treu und Glauben, Verantwortung für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung u.a. hinterlegt. Dabei wurde auch, bei allem Wohlwollen für Unternehmensethik-Erwartungen der Öffentlichkeit, auf Augenmaß zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und betrieblicher Zukunftssicherung des Unternehmens geachtet.

Fortsetzung: Der „Ehrbare Kaufmann“ als Leitbild moderner Unternehmensführung?

Für ein ethisches Durchhaltevermögen ist eine Wertetreue aus Überzeugung unverzichtbar – von Reinhard Haupt

3. Der „Ehrbare Kaufmann“ und gegenwärtige Ansätze der Unternehmensethik

Für den Werte-Set des spätmittelalterlichen „Ehrbaren Kaufmanns“ schien die Verträglichkeit von Unternehmens- und Tugendorientierung selbstverständlich zu sein. Auch heute betonen verschiedene Unternehmensethik-Ansätze diese Kompatibilität von Wert und Werten – wie es auf der anderen Seite auch andere gegenwärtige Konzeptionen gibt, die eher eine konfliktäre Beziehung zwischen Erfolgs- und Ethikorientierung sehen. Man wird für beides, sowohl für die Kongruenz als auch für die Konkurrenz von monetären und moralischen Prioritäten, Hinweise finden können, wie im Folgenden skizziert wird.

Als Beispiel einer konfliktären Sicht zwischen Erfolgsstreben und Ethikbindung mag die Position von *Peter Ulrich*[13] angeführt werden. Ulrich erhebt die „Lebensdienlichkeit“ der Wirtschaft als zentrale Forderung an unternehmerisches Verhalten, im Wissen darum, dass sich Ethik nicht rechnet (nicht einmal langfristig und auch nicht durch die Motivation der Mitarbeiter oder den Ruf am Markt). Ein solcher radikaler Ethikanspruch begrenzt erklärtermaßen das wirtschaftliche Handeln.

Auf der anderen Seite betont *Horst Albach*[14] einen weitgehenden Gleichlauf von wirtschaftlichen und moralischen Interessen. So kann etwa ein scheinbar problematisches Ethikverhalten, zum Beispiel die betonte Zurückhaltung in der Mitarbeitervergütung, ökonomisch und zugleich ethisch geboten sein, nämlich als Politik der Sicherung zukünftiger Beschäftigungsmöglichkeiten: Lohngerechtigkeit hat eben nicht nur mit gegenwärtigen Verteilungsgrundsätzen, sondern auch mit Gerechtigkeit zwischen heutigen und morgigen Beschäftigungssuchenden zu tun[15]. Die Verträglichkeit von Wert und Werten äußert sich in der knappen Gleichung „Guter Manager = Guter Betriebswirt“ und nicht etwa in der Gleichung „Guter Manager = Guter Betriebswirt + Unternehmensethiker“[16], mit anderen Worten generiert eine wertegebundene Unternehmensführung auch ansprechende wertbezogene Geschäftsergebnisse.

Noch radikaler vertritt *Karl Homann*[17] eine Versöhnlichkeit von geschäftlichem und tugendhaftem Verhalten, in Anlehnung an sein geflügeltes Wort von der Ökonomie als der „Fortsetzung der Ethik mit anderen Mitteln“. Man setze nur genügend Anreize, materielle

(monetäre Erträge) oder immaterielle (Anerkennung), dann wird moralisches Fehlverhalten unattraktiv. Nicht moralische Appelle, sondern der marktliche appeal, nicht ein Moralismus, sondern ein Vorteilsdenken begünstigen darnach ethisches Wohlverhalten.

Ein derartiger Anreizoptimismus erscheint wirklichkeitsfremd. Es wird viele wirtschaftliche Alltagssituationen geben, in denen eine Anreizethik versagt: Ein Moralbewusstsein wird keineswegs immer vom Markt belohnt, sondern oft vom Wettbewerb abgestraft. Langfristig mag sich ethische Prinzipientreue in einem starken Marktimage auswirken – aber kurzfristig besteht das Risiko, unter dem Druck von wenig verantwortungsbewussten Wettbewerbern aus dem Markt gedrängt zu werden. Daher ist für ein ethisches Durchhaltevermögen eine Wertetreue aus Überzeugung, jenseits von Nutzenerwägungen, unverzichtbar. Gleichgültig ob man mehr die Versöhnlichkeit oder die Unversöhnlichkeit von Wirtschaft und Ethik betont – der „ehrbare Kaufmann“ mit einem

Sockel aus überzeugungsethischen Einstellungen ist auch heutzutage existenzielles Leitbild eines wertegebundenen Managements.

Sicher sind die unerlässlichen „ehrbaren“ Wertestandards neu zu aktualisieren, etwa durch eine Anpassung an die Sprache und Wirtschaftswelt des 21. Jahrhunderts, zum Beispiel als „Transparenz“, „Fairness“, „Nachhaltigkeit“ usw. Auch die Brennpunktfragen der wirtschaftlichen „Ehrbarkeit“ mögen heute andere als im ausgehenden Mittelalter sein, z.B. mitarbeiter- oder umweltbezogene Problemfelder. Aber auch heute ist das Wirtschaftsleben auf ein Wertefundament aus Verantwortung und Verlässlichkeit angewiesen, dem sich Entscheidungsträger der Wirtschaft, ob als Selbständige oder Manager, als Führungspersonen oder Mitarbeiter, verpflichtet wissen.

Anmerkungen

[1] Köhler (2009).

[2] Vgl. Schwalbach et al. (2012), 219.

[3] Vgl. Albach (2003).

Neuerscheinung

Lachmann, Werner (Hg.): Die Zukunft des Euro. Zerbruch der Gemeinschaftswährung oder Aufbruch zur politischen Union? Reihe: Marktwirtschaft und Ethik Bd. 16, 2012, 312 S. ISBN 978-3-643-11575-1

Bekannte US-amerikanische Ökonomen hatten nach dem Zweiten Weltkrieg das Scheitern des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft vorausgesagt. Auch die Einführung des Euro sahen sie 50 Jahre später skeptisch und waren überrascht, dass sich der Euro so lange hielt. Auch viele deutsche Ökonomen lehnten die Einführung des Euro ab. Nach der Weltwirtschaftskrise erfolgten wiederum die Kassandrarufe. Gigantische Kreditmöglichkeiten zur Rettung des Euro wurden seitens der EU geschaffen. Diese wurden von den Nationalstaaten als Alibi zur weiteren Schuldenaufnahme benutzt. Fällt die Eurozone nun auseinander oder zwingt die Krise die Politiker endlich zu einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik?



Das Buch kann im GWE-Sekretariat oder im Buchhandel bezogen werden.

Fortsetzung: Der „Ehrbare Kaufmann“ als Leitbild moderner Unternehmensführung?

Für ein ethisches Durchhaltevermögen ist eine Wertetreue aus Überzeugung unverzichtbar – von Reinhard Haupt

- [4] Vgl. Schwalbach et al. (2012), 220.
[5] Klink (2008), 64; Le Goff (2009), 94f.; Schwalbach et al. (2012), 224.
[6] Klink (2008), 65.
[7] Vgl. Postel (1992), 9.
[8] Vgl. den Titel „Gewinnen durch Gewissen“ von Haupt et al. (2004).
[9] Vgl. Klink (2010), 21f.
[10] Fandel et al. (2007), VII.
[11] Stober (2010), 1.
[12] Postel (1992), 104, 107.
[13] Vgl. Ulrich (2008).
[14] Vgl. Albach (2005); Albach (2007).
[15] Vgl. Albach (2005), 817.
[16] Albach (2005), 810.
[17] Vgl. Homann et al. (2005).

Literatur

Albach, Horst (2003): Zurück zum ehrbaren Kaufmann: Zur Ökonomie der Habgier, WZB-Mitteilungen, H. 100 (Juni), S. 37–40.

Albach, Horst (2005): Betriebswirtschaftslehre ohne Unternehmensethik!, Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 75, S. 809–831.

Albach, Horst (2007): Betriebswirtschaftslehre ohne Unternehmensethik – Eine Erwiderung, Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 77, S. 195–206.

Diehl, Egbert (2010): Das Leitbild der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg

e.V., in: Graf, Christian / Stober, Rolf (Hrsg.): Der Ehrbare Kaufmann und Compliance: Zur Aktivierung eines klassischen Leitbilds für die Compliancediskussion, Hamburg, S. 9–14.

Fandel, Günter /Schwalbach, Joachim (2007): Editorial, in: Fandel, Günter/Schwalbach, Joachim (Hrsg.): Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Special Issue 1: Der Ehrbare Kaufmann: Modernes Leitbild für Unternehmer?, S. VI–XIII.

Haupt, Reinhard /Lachmann, Werner /Schmitz, Stephan (Hrsg.) (2004): Gewinnen durch Gewissen? Christliche Prägungen und wirtschaftliche Nachhaltigkeit, Holzgerlingen.

Homann, Karl / Lütge, Christoph (2005): Einführung in die Wirtschaftsethik, 2. Aufl., Münster:

Klink, Daniel (2008): Der Ehrbare Kaufmann – Das ursprüngliche Leitbild der Betriebswirtschaftslehre und individuelle Grundlage für die CSR-Forschung, in: Schwalbach, Joachim (Hrsg.): Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Special Issue 3: Corporate Social Responsibility, S. 57–79.

Klink, Daniel (2010): Der Ehrbare Kaufmann in der aktuellen Forschung, in: Graf, Christian / Stober, Rolf (Hrsg.): Der Ehrbare Kaufmann und Compliance: Zur Aktivierung eines klassischen Leitbilds für die Compliancediskussion, Hamburg, S. 19–28.

Köhler, Horst (2009): Der Mensch braucht Regeln und Moral: Die „Berliner Rede“ vom 24. März 2009 in leicht gekürzter Fassung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 71 (25.03.09), S. 8.

Le Goff, Jacques (2009): Kaufleute und Bankiers im Mittelalter, 2. Aufl., Berlin.

Postel, Rainer (1992): Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns 1517–1992: Kaufmännische Selbstverwaltung in Geschichte und Gegenwart, Hamburg.

Schwalbach, Joachim / Klink, Daniel (2012): Der Ehrbare Kaufmann als individuelle Verantwortungskategorie der CSR-Forschung, in: Schneider, Andreas / Schmidpeter, René (Hrsg.): Corporate Social Responsibility: Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis, Berlin, Heidelberg, S. 219–240.

Stober, Rolf (2010): Ist der Ehrbare Kaufmann der Schlüssel für Compliance-Anforderungen?, in: Graf, Christian / Stober, Rolf (Hrsg.): Der Ehrbare Kaufmann und Compliance: Zur Aktivierung eines klassischen Leitbilds für die Compliancediskussion, Hamburg, S. 1–7.

Ulrich, Peter (2008): Integrative Wirtschaftsethik: Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 4. Aufl., Bern, Stuttgart, Wien.

Unter freien Menschen – Ein Wilhelm-von-Humboldt-Brevier

Ein Zitatfundus zur Bedeutung der Bildung für die Freiheit – Rezension von Werner Lachmann

Paulus, Peer-Robin (Hrsg.): Unter freien Menschen – Ein Wilhelm-von-Humboldt-Brevier. Bern 2008 (hep) 130 S. ISBN: 978-3-7225-0094-2

Es ist das Verdienst der Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft und -Stiftung, die Gedanken der Pioniere der Freiheit in verkürzter Form der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So muss auch auf dieses Humboldt-Brevier hingewiesen werden. Wilhelm von Humboldt war nicht nur ein bedeutender Sprachtheoretiker und Urheber des Humboldtschen Bildungsideals, das lange Zeit als Paradigma der deutschen Bildungspolitik segenreich wirkte, sondern auch ein Freiheits-

theoretiker. Heute noch lesenswert ist sein Buch über die Begrenzung des staatlichen Einflusses. Dank seiner großbürgerlich-adligen Stellung konnte Wilhelm von Humboldt es sich leisten, von wichtigen politischen Positionen zurückzutreten, um Freiraum zur Entwicklung seiner geistigen Leidenschaften zu erhalten.

Im ersten Teil finden sich Zitate zum Thema „Auf Eigentümlichkeit beruht die ganze Größe des Menschen“. Unter anderem finden sich wichtige Zitate zur Bedeutung der Individualität, zu den unterschiedlichen Aufgaben und „Nichtaufgaben“ des Staates. So betont er, dass die Kindererziehung ohne positive staatliche Vorgaben bleiben soll. Ein weiterer

Unterpunkt zeigt, dass je freier die Menschen, desto religiöser und wohlwollender sind sie. Im zweiten Teil liest man Zitate zum Thema „Der Mensch denkt, fühlt und lebt allein in der Sprache“.

Im Anhang findet sich ein Beitrag von Karen Horn „Ideen zu einem Versuch, Wilhelm von Humboldt zu bestimmen“ sowie Quellennachweise, eine Kurzbiografie, Literatur über Humboldt und eine Auswahl lieferbarer Schriften. Dieser Band ist jedem eine wertvolle Hilfe, der schnell ein packendes Zitat zum angeschnittenen Themenkreis „die Bedeutung der Bildung für die Freiheit“ benötigt.

GWE-Bewertung (3 von 5 Sternen) ***

■ Unterwegs in eine menschenfreundliche und „tragfähige“ Wirtschaft?

Von unrealistischen Erwartungshaltungen und ihren gesundheitlichen und psycho-pathologischen Nebenwirkungen
– von Tobias Illig

„Ökonomische Pathologien“

Unsere Wirtschaft macht uns krank. Das stellen zumindest unsere Krankenkassen fest. Schaut man sich nämlich deren Statistiken an, findet man, dass burnout und psychosoziale Erkrankungen bald die Koronarerkrankungen und Schäden am Haltungsapparat als Ausfallgrund am Arbeitsplatz abgelöst haben werden. In der letzten Dekade haben diese Erkrankungen enorm zugenommen. In einem persönlichen Gespräch mit einem Architekten, der Rehabilitationsklinik baut, hört man volkswirtschaftliches Wachstum: „Wir werden in den nächsten 20 Jahren mit burnout-Kliniken massiv expandieren.“ Soweit der Status quo zur Pathologie unserer Psyche.

Menschen und Moneten

Studien zu psychosozialen Belastungsfaktoren bestätigen den Trend der Negativität nur noch. Es scheint nichts zu geben, was uns glücklich macht. Alles ächzt und stöhnt unter der Globalisierung und den Auswirkungen auf unsere Arbeitswelt. Die Heiratszahlen schwinden, die Singlehaushalte boomen, die Geburtenraten sinken auf ein historisches Tief. Wie kann es sein, dass eine Ehrhard'sche soziale Marktwirtschaft mit einem nachchristlichen Wohlfahrtsstaat eine solch unmenschliche Arbeitswelt hervorbringt? Wie kann es sein, dass das europäisch-christliche Erbe nicht genügend Wirtschaftswachstum generiert zur Versorgung der Armen, zur Stabilisierung unserer Ehen, zur Schaffung von Lohn und Brot? Wie konnte Max Weber einen der Ewigkeit bewussten, ehrbaren Kaufmann zeichnen, der heute einem scheinbar ethiklosen, shareholder- und quotenstüchtigen Manager weichen musste, dem Moneten wichtiger als Menschen sind?

Auf der Suche nach Glück

Wir alle wollen doch nur glücklich und zufrieden sein. Die Wirtschaft sollte dazu beitragen. Eine Schlaraffenlandmentalität und paradiesische Vorstellungen gaukeln uns Rechte vor, die wir zu haben glauben. Die grenzenlose Konsumgesellschaft hat unsere Erwartungshaltungen gründlich und mittlerweile unmenschlich abgehoben. Eine Garantie auf Einlösung des Rechts auf Glück ist nur in der amerikanischen Verfassung zu finden, aber faktisch bei weitem nicht umsetzbar.

Wir müssen offensichtlich das Heil woanders suchen, wenn Politik und Wirtschaft kein umfassendes Glück schaffen können. Dabei hat gerade auch das Thema Glück in den letzten 20 Jahren an Dynamik gewonnen und eine neue Forschungsrichtung nicht nur in der Psychologie, sondern auch im Management und der Volkswirtschaft hervorgebracht. Positive Psychologie untersucht, was Menschen glücklich macht. Wellbeing bezeichnet den Index, an dem international Wohlfahrt und Lebenszufriedenheit gemessen werden kann. Wie kommt es aber, dass wir immer noch unglücklich leiden, ständig überzogenen Hollywood-Idealen hinterherlaufen und das Gefühl haben, nie anzukommen?

Quo vadis Weltwirtschaft?

Wie können Politik und Wirtschaft dem Menschen wieder dienen und ihn nicht weiter zum Sklaven der wirkenden Kräfte machen? Zu welchem Zweck haben wir denn die Wirtschaft in die Welt gebracht, wenn sie uns nicht untertan wird? Der Schöpfungsbefehl („Machtet euch untertan...!“; „Bewahre und bebaue...!“) scheint uns endgültig zu entgleiten. Die Ökonomie, die wir selbst geschaffen haben, fällt auf uns reflexartig zurück. In der Industrialisierung haben wir Fabrikarbeiter aus ihrem ländlichen Sozial- und Familiengefüge gerissen. In der Agrargesellschaft haben wir unter wenig beherrschbaren Naturkatastrophen gelitten und durch die Facebookisierung von Welt haben wir in der Post-Postmoderne den Sinn von echten Freundschaften verloren.

Wohin taumelt unser Globus? Die Klimakatastrophe wird ihr eigenes erzwingen, die politischen Kräfte bringen Neues unter immensen Schmerzen auf die Welt.

Eine große Transformation hat alle Lebensbereiche ergriffen. Transnationale Perspektiven bringen politische Modelle hervor, die die Menschheit global verwalten will. Eine Mammutaufgabe wird geboren, während etwas Altes, Ehrbares stirbt.

Über die Normalität von Leiden

Das Ächzen der Schöpfung unter einer suboptimalen Welt bringt seelische Leiden hervor – aber das schon zu allen Zeitepochen. Auf Prosperität folgt Rezession, auf Rezession der nächste Auf-

schwung. Das ist der Lauf der Geschichte. Welcher apokalyptischer Reiter ist aber gerade heute in den Finanzmärkten und Beziehungswelten unterwegs? Wie lange noch quälen uns globale dämonisierte Ökonomien? Wo ist die heilende unsichtbare Hand der Märkte, die schützend eingreift? Wir müssen anders mit unserer Welt umgehen: Die Idee von Leiden ist nicht nur bereits im ersten Buch der Bibel verankert (Geburt unter Schmerzen, Arbeit inmitten von Dornen, Machtkämpfe zwischen den Geschlechtern, usw.). Belastungen und Leiden sind schon seit Anbeginn der Zeit für die menschliche Existenz vorprogrammiert. Auch außerhalb des Christentums finden sich bspw. im Buddhismus und im Sysiphos-Mythos Leid als normaler Bestandteil des Lebens, das es zu ertragen gilt. Wohin gehen die Menschen, um Sinn zu suchen und Glück zu finden?

Resignativ gereifte Wirtschaft

Arnold Retzer, ein Heidelberger Paartherapeut hat für überhöhte Erwartungen ein Erfolgsrezept. Er empfiehlt Paaren, die überzogene Erwartungen an die Ehe und damit an ihr Gegenüber haben, diese auf ein realistisches Maß abzusinken. Der Partner lasse sich sowieso nicht so einfach ändern, also habe man ihn so zu nehmen wie er/sie ist und daran erwachsen zu reifen.

Mir scheint, dass der postmoderne Mensch mit seiner überzogenen Wohlfühlerwartung, von Hollywood-Phantasien infiltriert und seiner narzisstischen Rechthaberei verlernt hat, widrige Umstände zu ertragen. Eine Ethik, die in Politik und Wirtschaft diskutiert wird und Lebensumstände verändern soll, bringt vielleicht etwas Besserung.

Die wesentlichen Veränderungsparadigmen für ethische Veränderung liegen m.E. im Individuum selbst. Es gilt, in der Zukunft nicht nur die Weltprobleme zu lösen, sondern auch individuelle Problemsituationen oftmals einfach gesund auszuhalten und daran zu reifen. Die fetten Jahre sind vorbei, das zeigen alle Wirtschaftsindikatoren. Das Kollektiv kann uns helfen, besser zu ertragen. Kirchen können in dieser Zeit wieder zu neuem Halt und Orientierung verhelfen. Das ist eine große Chance, im „Postkapitalismus“ ein Stück Himmel zu öffnen.

Der Autor Tobias Illig ist Managementberater und Coach in Neustadt/W., www.tobiasillig.com

■ Hans, mach du das! Lebenserinnerungen.

Hans Apel gibt Einblicke in sein Leben, sein Politikerdasein und seinen Glauben – Rezension von Werner Lachmann

Apel, Hans: Hans, mach du das! Lebenserinnerungen. Gießen 2010 (Brunnen), 195 S. ISBN: 978-3-7655-1793-8

Der ehemalige Bundesminister der Finanzen und Verteidigungsminister unter Helmut Schmidt, Hans Apel, ist heute fast nur noch bekannt, weil ihn einst „ein Pferd getreten hatte“. Humorvoll erzählt und kommentiert er die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik. Apel scheut sich nicht, politische Fehler zuzugeben, meist mit „ich war so blöd ...“. Für alle, die jene Zeit miterlebt haben, bietet er interessante Hintergrundinformationen und einen gelungenen Einblick in die politischen Auseinandersetzungen seiner Zeit. Als konservativer SPD-ler wurde er sehr angefeindet und trat – als die politische Unterstützung abnahm – enttäuscht zurück. Auch die Probleme

mit der evangelischen Kirche zeigt er auf, die dazu führten, dass Apel aus ihr austrat und sich einer Freikirche anschloss.

Apel geht in seinen Erinnerungen nicht rein chronologisch sondern sachlich orientiert vor. Er beginnt mit Überlegungen zum „Alt werden“, um dann zum „Jung sein“ überzugehen. Dann lässt er uns an seinen Schwierigkeiten, die er als Konsequenter hatte, teilhaben und dass ihm schon früh prophezeit wurde, als „Konsequenter immer nur der Dumme“ zu sein. Nach der Darstellung seiner „glücklich“en Zeit ratiert er über seine politischen Dummheiten unter „Ich denk, mich tritt ein Pferd“. Seiner „Liebe zum FC St. Pauli“ folgen Bemerkungen zur „SPD – seiner Partei“, bei der er schließlich nur noch „Zahlendes Mitglied“ wird. Er verdankt ihr viel – aber sie versteht ihn nicht mehr. Die

SPD änderte sich. Interessant sind seine Einschätzungen und Bewertungen führender SPD-Politiker. Abschließend gibt er uns Hinweise auf seine Vorbilder und die Fehler bei der Aufarbeitung der Folgen der deutschen Einheit und er schließt seine Erinnerungen mit der Konsequenz „Mein Glaube wächst“.

Dieses Buch gibt Einblicke in die Schwierigkeiten eines Politikerdaseins, seiner Chancen und Herausforderungen. So gestand er einst auf einer EKD-Synode, im politischen Bereich nicht immer die Wahrheit gesagt zu haben, was ihm enorme Anfeindungen brachte. Sein zunehmender Glaube und seine Frau halfen ihm jedoch über schwierige Notzeiten hinweg. Ein aufschlussreiches Buch, das zum Nachdenken Anlass gibt.

*GWE-Bewertung (3 von 5 Sternen) ****

■ Drahtzieher der Macht. Die Bilderberger – Verschwörung der Spitzen von Wirtschaft, Politik und Medien

Hintergründe zu einem geheimen Kreis und eine Warnung vor möglichem Freiheitsverlust – Rezension von Werner Lachmann

Wisniewski, Gerhard: Drahtzieher der Macht. Die Bilderberger – Verschwörung der Spitzen von Wirtschaft, Politik und Medien. München 2010 (Knaur), 318 S. ISBN: 978-3-426-78206-4

Vor 50 Jahren hatte ich das erste Mal von den „Bilderbergern“ gehört und tat diese Idee als versponnene Verschwörungstheorie ab. Wisniewski ist diesem Phänomen nun nachgegangen. Er zeigt die Schwierigkeiten auf, Informationen über die Bilderberger zu erhalten. In seinen Recherchen findet er die Teilnehmerlisten – aber die Inhalte werden von den Mitgliedern und Teilnehmern dieser einmal jährlich stattfindenden Tagung geheim gehalten. Es ist schon beängstigend zu lesen, wie einige einflussreiche Personen – voran Henry Kissinger, David Rockefeller, Josef Ackermann – (deutsche Kanzler waren bei den Treffen auch schon dabei) – die Geschicke der Welt lenken.

Die Entstehungsgeschichte der Bilderberger – die anscheinend ein „einfacher“ Jesuitenmönch initiierte – wird aufgezeigt. So stellt sich heraus, dass die Jesuiten einst und auch heute noch in einem hohen Maße Einfluss auf die Mächti-

gen dieser Welt nehmen. Macht lässt sich nur stabilisieren, wenn große wirtschaftliche und politische Einheiten gebildet werden. Die Bilderberger waren daher entscheidend für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft, für die Schaffung des Euro und die Zunahme der Macht großer (auch Finanz)Konzerne.

Im ersten Teil „Auf der Spur der Bilderberger“ stellt Wisniewski einige ihrer Tagungsorte, ihr „Nicht-Kontaktbüro“ in Leiden und seinen Versuch vor, Kontakte zu den Bilderbergern zu bekommen. Im zweiten Teil werden mit ihren Zielsetzungen die geheimen Hintergründe aufgedeckt. Ursprünglich ging es um die „atlantische Gemeinschaft“, die später auch Asien einbezog. Teil 3 ist betitelt mit „eine globale Mafia“. Hierin werden einige international wichtige Bilderberger-Persönlichkeiten vorgestellt. Überrascht hat mich der Einfluss der niederländischen Königin – auch eine Bilderberger. Im vierten Teil (eine deutsche Mafia) werden deutsche Teilnehmer von Bilderbergkonferenzen vorgestellt. Einige wirtschaftspolitische Fehlschläge (Daimler, Post, BMW) deutscher Konzerne in den USA, die Milliar-

den Verluste erbrachten, gehen anscheinend auf das Konto der Bilderberger. Interessant ist, dass bei Abfassung des Buches noch vor dem Bilderberger Roland Koch gewarnt wird. Anscheinend waren die Bilderberger nicht immer erfolgreich. Der fünfte Teil behandelt „die Weltregierung“. Die Expansion der Bilderberger zu einer „trilateralen“ Strategie wird erläutert. So warnt Wisniewski vor dem Verlust der nationalen Eigenheiten und Freiheiten durch den Versuch der Bilderberger zur Schaffung einer Weltregierung.

Das Buch ist gut recherchiert. Im Anhang befinden sich Kopien von Dokumenten und belanglose Antworten von Bilderbergern auf Anfragen des Journalisten. Natürlich greifen die Beteiligten das Bilderberger-Thema nicht auf. Es werden in den Hinterzimmern (noble Hotels) die wichtigen Absprachen getroffen. Sollte Wisniewski Recht haben, droht uns auch in Deutschland ein weiterer Freiheitsverlust. Eine interessante und wichtige Veröffentlichung, die einige politische Entwicklungen jüngster Zeit verständlich macht.

*GWE-Bewertung (3 von 5 Sternen) ****

□ Markt und Macht – Was Sie schon immer über die Wirtschaft wissen wollten, aber bisher nicht erfahren sollten.

Theorie versus Praxis – die Defizite der Lehrbuchökonomie – Rezension von Werner Lachmann

Häring, Norbert: Markt und Macht – Was Sie schon immer über die Wirtschaft wissen wollten, aber bisher nicht erfahren sollten. Stuttgart 2010 (Schäffer-Poeschel) 292 S. ISBN: 978-3-7910-2986-3

Der Titel wirkt provokant – das Buch ist auf-rüttelnd. Die Lehrbuchökonomie wird als weitgehend wirklichkeitsfremd entlarvt. Entweder werden von Ökonomen unrealistische Gleichgewichtsmodelle gebastelt – oder sie erklären die Zukunft mit Modellen aus Zahlen der Vergangenheit. Ausgelassen wird in den Lehrbuchdarstellungen das Phänomen der Macht. Diese Einbeziehung der Macht fordert Norbert Häring in diesem ausgezeichneten Buch. So fragt er, warum die Finanzinstitute so mächtig sind, um vernünftig reguliert zu werden? Wieso sind die Gehälter der Vorstände in letzter Zeit so rasant angestiegen? Wieso bestimmt die Verhandlungsmacht der Tarifpartner die Höhe der Löhne? Warum gehen Menschen wählen? Seine These: Was von den Lehrbuchökonomien als ökonomische Vernunft verkauft wird, dient in Wirklichkeit oft nur den Interessen der Mächtigen.

Der Einfluss der Macht und deren gesellschaftlichen Konsequenzen werden in sechs Kapiteln aufgerollt. Das längste Kapitel I (Geld ist Macht) zeigt den Einfluss der Banker und wie sie durch das „Geldschöpfungsmonopol“ ihre Macht ausweiten konnten. Selbst die Krise 2008 wurde von Männern aus den Finanzinstituten gemacht, die zudem ihre Institute ausraubten. Häring zeigt die Macht von Insidern auf und belegt die Marktmacht im Finanzgewerbe. Er bezeichnet dabei die Hedge-Fonds als „die Fleischfresser an der Spitze der Nahrungskette“. Als Lösung wird angedeutet, dass eine 100-Prozent-Deckung der von Banken geschaffenen Geldmenge (fiat Geld) ihren Einfluss reduzieren könnte. Eine stärkere Regulierung und Kontrolle der Finanzbranche ist weniger erfolgreich und kann auch als ein Mittel zur Machterhaltung genutzt werden, was er anhand amerikanischer Daten gut belegt.

Kapitel II (Die Macht der Manager) räumt mit dem Vorurteil auf, dass Aktionäre das Sagen über Unternehmen und die Möglichkeit der Kontrolle haben. Kritisiert werden die ökonomischen Modelle zur leistungsabhängigen Entlohnung, die Vorstände reich machten – ohne entsprechende Gegenleistung. Die „hässliche Praxis der Managervergütung“ und die

verheerenden Folgen des Shareholder Value Konzepts werden gut dokumentiert aufgezeigt. Nur durch eine Kontrolle von unten und durch die öffentliche Meinung lassen sich die Manager in Zaum halten. Allerdings haben die vorhandenen Anreizregeln – von der Finanzbranche unterstützt – zu einem ausbeuterischen Verhalten der Manager beigetragen.

Die simplen Annahmen des Wettbewerbs in der Lehrbuchökonomie werden in Kap III (Marktmacht) hinterfragt. Die Wirklichkeit ist geprägt von monopolistischer Konkurrenz – kaum vom Wettbewerb. Der Wettbewerb kann sogar zu höheren Preisen führen – obgleich Häring die Bedeutung des Wettbewerbs zur Einschränkung der Marktmacht sieht. Marktmacht kann auch für die Arbeitnehmer von Vorteil sein, wenn es dadurch mehr zu verteilen gibt. Das von Joan Robinson und Piero Sraffa begonnene Hinterfragen des neoklassischen Konzeptes des Kapitals und des damit verbundenen Widerspruchs in den ökonomischen Modellen, greift Häring wieder auf und zeigt, dass „mainstream economics“ dieses Thema wegen der Verteilungsfolgen nicht behandeln will.

Kapitel IV (Macht bei der Arbeit) kritisiert die Anwendung des homo oeconomicus in der Arbeitsmarkttheorie. Die Lohnhöhe als Motivation für eine bessere Leistung und das Versagen stärkerer Kontrolle bei leistungsfähigen Mitarbeitern wird ausführlich erörtert. Die Rolle von Mindestlöhnen, Kündigungsschutz und der Arbeitslosenversicherung werden diskutiert. Es wird gezeigt, dass eine arbeitnehmerfreundliche Politik zu höherem Wachstum führen kann. Der Lehrbuchökonomie wird vorgeworfen, dass sie nicht zwischen guten Jobs und schlechten Jobs unterscheidet. Arbeit wird in der Lehrbuchökonomie als homogen angenommen. Diese unrealistische Annahme führt zu Analysefehlern. Die ökonomischen Klassiker hätten in ihrer Analyse noch berücksichtigt, dass es sich bei den Arbeitnehmern um Menschen handelt und soziale Beziehungen eine wesentliche Rolle spielen.

In Kapitel V (Die Ökonomie der Mächtigen) untersucht Häring die Entwicklungsgeschichte der Neoklassik. Lionel Robbins, seinerzeit Dekan an der London School of Economics, kritisierte 1932 die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Ökonomie und definierte Ökonomie neu als die Analyse von Knappheitsproblemen.

Diese enge Definition alternativer Nutzungsmöglichkeiten bei knappen Ressourcen, die heute noch weitgehend verwendet wird, hat eine Neubewertung des Nutzens der Güter gebracht. Eine Analyse des Angebotes von Operntickets wird gleichbedeutend mit der Untersuchung des Bedarfs an Nahrung und Kleidung seitens der Armen. Die marginale Revolution (Preise bestimmen sich aus Angebot und Nachfrage der nächsten produzierten oder konsumierten Einheit) lenkte den Blick ab von Produktionstechnologien. Auch die Einkommensverteilung – für die Klassiker noch ein wichtiger Untersuchungsgegenstand – wird nun als gegeben angenommen. Die Ökonomie passt sich durch ihre Mathematisierung verstärkt der Naturwissenschaften an. Er zeigt, wie Institutionen in den amerikanischen Fakultäten ausgebootet wurden. Wer nicht der neoklassischen Analyse folgt, hat kaum eine Chance auf eine akademische Karriere, seine Aufsätze werden nicht zur Veröffentlichung angenommen. Interessant ist die Darstellung, wie nach dem Zweiten Weltkrieg die USA mit Hilfe der Förderung von Ausländern beim Studium in den USA einen wichtigen politischen Kader zur Einflussnahme in den anderen Ländern heranbildete. Die Ökonomie wurde für den „Kalten Krieg“ instrumentalisiert. Die amerikanische Ökonomie wurde zum Exportschlager. Kritisch wird selbst der Einfluss der USA auf die Messung des BIP und der wirtschaftlichen Wertschöpfung eingegangen. Die Verkürzung der Wohlfahrt auf das BIP wurde – gegen den Widerstand der USA – in der UNO seit 1990 mit dem „Human Development Index“ konterkariert. Selbst bei den Messmethoden zur Ermittlung des BIP habe die USA ihre nationalen Interessen durchgesetzt.

Das wichtige Problem des Zusammenspiels von staatlicher und wirtschaftlicher Macht wird in Kap VI (Staatsmacht, wirtschaftliche Macht und wer kontrolliert hier eigentlich wen?) untersucht. Wer – geschichtlich gesehen – die Macht hatte, konnte die Spielregeln in Ökonomie und Politik bestimmen. Häring untersucht Theorien des Wahlverhaltens und steht der public choice Analyse skeptisch gegenüber. So fragt er, wieso ein homo oeconomicus überhaupt wählen geht. Was hat er davon? Er kommt zu dem Ergebnis, dass „je mächtiger die Wirtschaftseliten relativ zu den politischen Instanzen werden, desto schwieriger wird es, ihren Einfluss auf den Staat zu begrenzen“.

Fortsetzung Seite 19

■ Die Türkei in Europa. Gewinn oder Katastrophe?

Ein Land mit mehreren Identitäten – Europa wird vor die Wahl gestellt – Rezension von Werner Lachmann

Mattei, Roberto de: *Die Türkei in Europa. Gewinn oder Katastrophe? Grärfelting 2010 (Resch) 145 S. ISBN: 978-3-935197-95-3*

Seit September 1959 bewirbt sich die Türkei um die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Seit Dezember 2004 führt die Türkei Beitrittsverhandlungen mit der EU. Ist die Türkei eigentlich Teil der europäischen Kultur? Liegt sie doch größten Teils in Asien. Aber immerhin ist das türkische Gebiet christliches Kernland gewesen. Die sieben Sendschreiben der Offenbarung sind an Gemeinden in der heutigen Türkei gerichtet. Während die Europäische Verfassung keinen religiösen Hinweis enthält, ist die Türkei stark religiös geprägt. Würde ein Beitrag für beide Seiten Vorteile bringen – wie oft politisch betont – oder eine Gefährdung beinhalten? Immerhin muss die Türkei vor der Aufnahme die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Verändert die Türkei den Charakter Europas oder sind Freiheitsrechte durch einen Beitritt der Türkei auch in der Türkei leichter durchzusetzen? Würde ein Beitritt den nachfolgenden Generationen unüberwindliche Probleme überlassen? Nur wer informiert ist, kann das Pro und Contra eines Beitritts der Türkei in die EU sachlich beurteilen. Hierzu will Mattei die notwendigen Informationen geben.

Im ersten Teil werden die Türkei und ihre Geschichte dargestellt. Ein Schwerpunkt liegt auf der „Kulturrevolution“ Kemal Atatürks. Es wird gezeigt, dass die Türkei mehrere Identitäten hat – aber keine christliche mehr. Im zweiten Teil werden die Berührungspunkte zwischen der EU und der Türkei behandelt. Die Bedeutung der Demokratie, aber auch die Zypernfrage, die Leugnung des Völkermordes an den Armeniern und die Kurdenfrage werden ausführlich eruiert.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit dem Christentum in der Türkei als „religio depopulata“. Der Status der Christen im Osmanischen Bereich wird erläutert und der Genozid an den Pontos-Griechen. Immerhin lebten Millionen Griechen im Gebiet der heutigen Türkei. Gut dokumentiert und bemängelt wird die anti-christliche Intoleranz. Kapitel 4 behandelt die Türkei zwischen Laizismus und Islamismus. Die laizistische Türkei bezeichnet Mattei als Mythos und legt die Bedeutung der Moslembrüder und der Sufi-Bruderschaften dar. Ausführlich wird die AKP von Erdogan und Gül und die „Kopftuchpartei“ behandelt.

Das fünfte Kapitel befasst sich mit dem Islam und Europa. Es wird die Eroberungsstrategie des Islam für Europa aufgedeckt. Die türkische

Einwanderung sieht er als dritten Versuch einer Eroberung Europas durch die Türken an. Die geopolitischen Szenarien werden in Kapitel 6 behandelt. Hierbei werden die beiden Expansionsrichtungen des Islam sowie die pan-türkische Idee dargestellt. Einbezogen werden auch die Balkankonflikte letzter Zeit.

Abschließend erfolgt in Kapitel 7 eine ausführliche Diskussion zu „Gewinn oder Katastrophe? Einige Überlegungen“. Es wird auf den Widerspruch zwischen Kemalismus und Islamismus hingewiesen sowie auf die demographische Zeitbombe. Im Jahre 2100 könnte es mehr als 35 Millionen Türken in Deutschland geben. Der Beitritt der Türkei beinhaltet daher eine Wahl zwischen den Zivilisationen. Das Kapitel schließt mit einem Wort von Kardinal Joseph Ratzinger über den Beitritt der Türkei zur EU.

Das abschließende Wort des Verlegers warnt noch einmal vor einem Beitritt der Türkei zur EU. Diesen Beitritt kann die EU nicht verkraften. Es würde nicht die Türkei europäisiert – im Gegenteil die Türkei würde die EU verändern. Der Islam kann heute in das Vakuum eindringen, das die Kulturrevolution hinterlassen hat. Ein aufrüttelndes Buch, das jeder wache Zeitgenosse lesen sollte.

GWE-Bewertung (4 von 5 Sternen) ****

□ Forts.: Markt und Macht

Theorie versus Praxis – die Defizite der Lehrbuchökonomie

Literaturempfehlungen, ein Literaturverzeichnis und ein Register schließen den Band ab. Angenehm sind die vielen Kästchen mit Beispielen und Erläuterungen aus der Literatur. Häring sagt in seinem Buch eigentlich nichts Neues – aber er kritisiert zu Recht die Lehrbuchökonomie. Führende Wissenschaftler haben sich mit vielen Ungereimtheiten der neoklassischen Annahmen beschäftigt. Sie seien allerdings nur Diskussionsstoff für Doktorandenseminare. Häring's Verdienst ist es, die wichtigen Arbeiten zur Macht und zu den Schwachstellen der Neoklassik einmal zusammengefasst zu haben. Dieses Buch sollte zur Pflichtlektüre in den Ökonomiestudiengängen werden, um die ökonomische Wirklichkeit ein wenig kritischer zu sehen als die simplen Ökonomenmodelle es erlauben.

GWE-Bewertung (5 von 5 Sternen) *****

□ Governance in der Wirtschaftspolitik

Eine Renaissance der Ordnungspolitik mit anderen Begrifflichkeiten – Rezension von Werner Lachmann

Ohr, Renate (Hrsg.): *Governance in der Wirtschaftspolitik. Berlin 2010 (Duncker & Humblot) 241 S. ISBN (print) 978-3-428-13256-0 (E-Book) 978-3-428-53256-8*

Das Wort „Governance“ ist heutzutage in aller Munde. Dennoch gibt es noch keine allgemein akzeptierte Definition dieses Begriffes. Das unterschiedliche Verständnis von Governance veranlasste den Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Vereins für Socialpolitik darüber im Juni 2009 seine Jahrestagung in Leipzig abzuhalten, deren acht Beiträge hiermit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Im ersten Beitrag referiert Theresia Theurl über „Ist Governance mehr als Wirtschaftsordnung und Institutionen?“ Die verschiedenen Anwen-

dungsebenen des Governancekonzeptes werden systematisch dargestellt und voneinander abgegrenzt. Die Bedeutung dieses schillernden Begriffes wird durch die expandierenden Einträge in Datenbanken deutlich. Er findet als Corporate Governance ebenso Beachtung wie im Global Governance. Im neutralen Sinn ist Governance eine Ordnung, die aus Institutionen besteht. Diese Ordnung – die auch hybride Elemente enthält – muss aber den aktuellen Anforderungen entsprechen. Ein interdisziplinäres Forschungsprogramm würde zur Klärung des Begriffes beitragen. Immerhin könnten dadurch die Ordnungspolitik und die Ordnungsökonomik wieder salonfähig werden.

Jörn Kruse diskutiert „Das Governance-Dilemma der demokratischen Wirtschaftspolitik“.

Fortsetzung Seite 20

Fortsetzung: Governance in der Wirtschaftspolitik

Eine Renaissance der Ordnungspolitik mit anderen Begrifflichkeiten – Rezension von Werner Lachmann

Die praktische Wirtschaftspolitik – so wird kritisiert – besteht oft aus hastigen Antworten auf aktuelle Probleme; es fehlt an Nachhaltigkeit. Eine regelgebundene Wirtschaftspolitik lässt sich wegen des Legitimationsmonopols der Politischen Klasse nicht durchsetzen, da sie sich damit selber entmachten würde. Die Anreizprobleme der Politiker und die Probleme der Governance-Struktur der Wirtschaftspolitik werden herausgearbeitet und die Bedeutung von Fachkompetenz und Präferenzrelevanz wird erörtert. Als Lösung schlägt Kruse einen Senat als zweite Kammer bei der Gesetzgebung vor.

„Mehr-Ebenen-Governance, Leitjurisdiktionskonzepte und globaler Wettbewerb“ ist das Thema von Oliver Budzinski. Der Wettbewerb bedarf des staatlichen Schutzes gegen private Wettbewerbsbeschränkungen. Wie ist eine internationale Wettbewerbspolitik möglich? Verschiedene Ansätze werden diskutiert. Ein Mehr-Ebenen-Leitjurisdiktionsmodell könnte bestehende Probleme des Wettbewerbsschutzes auf internationalen Märkten reduzieren und damit die Weltwohlstand erhöhen.

Jürgen Jerger und Dimitri Migrow behandeln „Stabilisierungsfonds und Makroökonomische Governance“. Stabilisierungsfonds werden mit unterschiedlichen Modellrahmen modelliert, der Zusammenhang zu autokratischen und demokratischen Strukturen aufgezeigt und die möglichen Machtkämpfe zwischen rivalisierenden Eliten über die Nutzung der Fonds werden diskutiert.

Alexander S. Kritikot erörtert „Die Hartz-Evaluation zur Existenzgründungsförderung – Eine verpasste Chance wissenschaftsgestützter Governance?“. Die Effekte der Gründungsförderung haben sich als nachhaltig erwiesen. Zu vor arbeitslosen Menschen ist es gelungen, eine selbständige Existenz langfristig aufzubauen.

„Governancestrukturen in der EU – Neue Herausforderungen durch Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft“ werden von Susanne Lechner und Renate Ohr durchleuchtet. Untersucht werden die Governance-Modi Hierarchie, Verhandlungen, Wettbewerb und Kooperation und es wird gezeigt, dass öfters hierarchische Strukturen angestrebt werden, aber Verhandlungsmechanismen dominieren. Anhand eines spieltheoretischen Ansatzes wird ausgeführt, dass die Ausdehnung der

Mehrheitsentscheidungen eine hierarchische Governancestruktur fördert aber die gleichzeitige Einführung eines Austrittsrechts verstärkend in Richtung Verhandlungslösungen wirkt. Die zunehmende Heterogenität der Mitgliedsstaaten wird jedoch in Richtung stärkerer Clubbildungen im EU-Club wirken. Die Exit-Option bei Clubs im Club wird wohl das realistischere Ergebnis werden.

Joachim Ahrens behandelt „Governance, institutioneller Wandel und Wirtschaftspolitik“. Er hebt die Bedeutung flexibler Governancestrukturen für die dynamische Anpassung in Entwicklungs- und Transformationsländern hervor. Dabei behandelt er die vier Governance-Dimensionen Vorhersehbarkeit/Berechenbarkeit, Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit/Haftung, die eine „Markt entwickelnde Governance-Struktur“ (MEGS) ermöglichen soll. Allerdings fehlt dem Staat dieser Länder die Kapazität der Politikumsetzung, die einen starken – aber in seiner Macht beschränkten – Staat erfordert. An einigen Fallbeispielen zeigt er die Schwierigkeit der Schaffung von MEGS auf. Die westliche Demokratie ist nicht das universelle Modell für eine erfolgreiche Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft. Eine effektive Governance sei unabhängig vom Regierungstypus (S. 208).

In „Governance, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung in den ehemals sozialistischen Staaten“ greifen Thomas Apolte und Heiko Peters das Thema der Transformation auf. Sie erörtern, ob demokratische Prozesse den Übergang zur Marktwirtschaft fördern oder behindern. In ihrer empirischen Analyse kommen sie zu dem Ergebnis, dass weder Niveau noch Wachstum des BIP mit Hilfe des Demokratieindex erklärt werden kann. Good Governance kann es anscheinend auch ohne Demokratie geben.

Dieses Buch ist allen zu empfehlen, die sich über die Schwierigkeit der Durchsetzung kluger, praktischer Wirtschaftspolitik wundern. Auf gutem wissenschaftlichem und dennoch verständlichem Niveau werden viele Herausforderungen der Wirtschaftspolitik – im Zusammenhang mit Governance – behandelt. Im Grunde genommen erlebt die alte (deutsche) ordnungspolitische Debatte eine Renaissance – wenn auch unter einem anderen Begriff.

*GWE-Bewertung (4 von 5 Sternen) *****

Über die GWE

Ziel – Arbeit – Impressum

Das Ziel

Die GWE ist ein Verein zur Förderung von Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften auf Grundlage einer Ethik, die auf dem biblischen Welt- und Menschenbild beruht.

Die Arbeit

Wir regen Forschung zu wirtschaftsethischen Fragen an und unterstützen diese, führen Fachtagungen und Seminare durch und geben den halbjährlichen Informationsdienst „Wirtschaft und Ethik“ heraus. Zu den Themen Wirtschaftsethik, Entwicklungspolitik und ökologische Wirtschaftspolitik bereiten wir wissenschaftliche Publikationen vor und geben sie heraus.

Vorstand

Vorsitzender der GWE e.V. ist Prof. i. R. Dr. h. c. Werner Lachmann Ph. D., stellvertretender Vorsitzender ist Prof. Dr. Harald Jung. Darüber hinaus gehören dem Vorstand an: Dr. Helmut de Craigher, Prof. Dr. Gerald Mann, Karl J. Möckel, Prof. Dr. Christian Müller, Matthias Vollbracht.

Mitgliedschaft

Wer Christ ist und aktiv die Anliegen der GWE unterstützen möchte, kann einen Antrag auf Mitgliedschaft beim Vorstand stellen.

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen rechtzeitig mit.

Impressum „WIRTSCHAFT UND ETHIK“

Herausgeber:

Gesellschaft zur Förderung von
Wirtschaftswissenschaften und Ethik e. V. (GWE)
Wacholderweg 6
91154 Roth-Bernlohe
Tel./Fax: +49 (0)9172-2450/-2523
Bürozeit: Mi: 9–12 Uhr
E-Mail: info@wirtschaftundethik.de
Internet: <http://wirtschaftundethik.de>
Bankverbindung:

Sparda-Bank Nürnberg e. G.
BLZ 760 905 00
Kto.-Nr. 102 10 60
IBAN: DE82 7609 0500 0001 0210 60
BIC: GENODEF 1S06

Satz: Matthias Vollbracht/Karin Rekowski
Druck: RPM-Direktwerbung, Roth